

# DEUTSCHE POLIZEI

MAI 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## CYBERCRIME

**Digitales Verbrechen ist alltäglich**



Foto: Zielasko

„Wir sind endlich auf der politischen Zielgeraden angekommen, unsere langjährigen Forderungen finden sich in der Gesetzesvorlage eins zu eins wieder“, sagte GdP-Chef Malchow vor der Mitte März unter Beteiligung der GdP stattgefundenen Expertenanhörung im Deutschen Bundestag zum von Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegten sogenannten Schutzparagrafen für Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte. **Seite 14**

**VERKEHRSGERICHTSTAG**



Foto: Zielasko

Ob autonome Schiffe kommen werden, werde in der Fachwelt mehrheitlich mit ja beantwortet. Offen sei die Frage nach dem Wann. Schätzungen reichten dafür von 2020 bis 2040, erläutert DP-Autor Burkhard Klär. Für den GdP-Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei (im Bild) auf jeden Fall ein Thema der nahen Zukunft. **Seite 34**

**VERKEHR**



Foto: Rainer Jensen/dpa

Angesichts der aktuellen Entwicklung auf dem Zweiradmarkt müsse davon ausgegangen werden, dass die Unfallbelastung zukünftig weiter zunehmen und eine Beteiligung von Pedelecs und E-Bikes am Unfallgeschehen zum polizeilichen Alltag gehören werde, prophezeit DP-Autor Richard Lüken. **Seite 35**

- 2 DGB-AUFRUF** 1. Mai 2017: Wir sind viele, Wir sind eins.
- 2/38 FORUM**
- 4 TITEL/TATORT NETZ** CYBERCRIME – Historische Herausforderungen für die deutschen Ermittlungsbehörden
- 9 INTERVIEW** „Wir sind handlungsfähig und können auch zurückschlagen“
- 12**  **NACHRICHTEN**
- 19 GESUNDHEIT** Jetzt psychische Belastungen senken!
- 22** Hohe emotionale Anforderungen für Polizistinnen und Polizisten
- 25 AUSLANDSEINSÄTZE** Deutsche Polizei hilft beim Aufbau von Sicherheitsbehörden und Grenzschutz in Krisenstaaten
- 27 NÄHER BETRACHTET** Polizei in Mission
- 29 ELTERNBETEILIGUNG AN SCHULEN** Die Hürden der Integration
- 34 VERKEHRSGERICHTSTAG** Autonome Schiffe – Vision oder Albtraum
- 35 Verkehr** Pedelecs und E-Bikes: Unfallzahlen steigen drastisch
- 37 BUNDESTARIFKOMMISSION** Tarifeinigung für Hessen 2017/2018
- 37 BILDUNG** GdP-Bildungsreise 2017 nach Israel
- 40 BÜCHER/IMPRESSUM**





Exklusives  
Angebot für  
**Polizei-  
beamte**

Wenn es für Sie als Held  
**mal nicht so super** läuft, sind wir da.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Unfallschutz. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
[polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de), [www.pvag.de](http://www.pvag.de)

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen

# 1. Mai 2017: Wir sind viele. Wir sind eins.

**Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat in seinem Aufruf zum diesjährigen Tag der Arbeit auf die Erfolge der Gewerkschaften verwiesen, zugleich mehr soziale Gerechtigkeit gefordert und an die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt erinnert. Nachfolgend veröffentlicht DEUTSCHE POLIZEI den Aufruf im Wortlaut:**

„Alle Erfolge, die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, leben hieraus: Wir sind viele, wir sind eins! Wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und

auf gute Bildung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen den hälftigen Anteil zahlen!



Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und stehen für eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Wir demonstrieren am 1. Mai für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa.

## Wir demonstrieren für mehr soziale Gerechtigkeit!

Ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen – es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Wir haben aber ein Recht auf anständige Löhne, auf sichere Arbeitsverträge, auf Absicherung in der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die Digitalisierung. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, ein gerechtes Steuerkonzept zu haben, das Reiche mehr belastet als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einen handlungsfähigen Staat finanziert: Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbare Wohnungen baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Rentnerinnen und Rentner, heute und in Zukunft, haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie haben das Recht

## Deswegen fordern wir

- eine höhere Tarifbindung und einen Ausbau der Mitbestimmung für Gute Arbeit;
- neue Perspektiven für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt;
- eine Stärkung der gesetzlichen Rente für einen Lebensabend in Würde;
- eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung;
- Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen guten öffentlichen Dienst;
- ein Steuerkonzept, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet und Vermögende belastet;
- eine Reformkommission Bildung, die sich für Gute Bildung für alle einsetzt;
- eine gerechte Bezahlung der Frauen.

2017 als Wahljahr in Deutschland und Europa ist von besonderer Bedeutung. Wir rufen Alle auf, wählen zu gehen!

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.

DGB Bundesvorstand

Weitere Infos  
für den DGB-Aufruf  
zum 1. Mai 2017



## Zu: Extremismus, 4/17

Irgendwie gewinne ich den Eindruck, dass Sie einseitig berichten und sich auf Rechts eingeschossen haben. Erst Belehrungen zum Umgang mit der AfD. Jetzt Verhaltensregeln zu „Reichsbürger“-Ideologien. Will mir die GdP, zusammen mit linken Interessengemeinschaften, ein moralisches Geländer in die Hand geben, wie ich die Welt sehen muss. Wenn mir jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgeworfen wird, merke ich, wie sich in mir etwas gegen die Dauerpräsentation unserer Schande rührt. Die Bekämpfung des Rechtsterrorismus rechtfertigt kein Verschweigen von linken Verfassungsfeinden. Man hört kein Wort mehr von Baader-Meinhof, APO, SDS, Marcuse-Bewegung, RAF, StaSi. Noch nicht einmal davon, dass jetzt schon im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg Polizeiautos abgefackelt werden. Von beiden Seiten gehen potenzielle Gefahren aus. Von den einen offensiv, von den anderen defensiv.

Günter Klinger, Oberasbach

**Anmerkung d. Red.:** Der Anschlag auf das Fahrzeug der GdP-Hamburg ereignete sich nach dem Redaktionsschluss der April-Ausgabe. Auf [gdp.de](http://gdp.de) sowie den GdP-Social-Media-Kanälen Twitter und Facebook wurde das Ereignis zeitnah berichtet und bewertet. Und ist jetzt auch Bestandteil der Mai-Ausgabe.



Soeben habe ich mit viel Interesse den Beitrag über „Reichsbürger“ in der April-Ausgabe gelesen. Aus diesem Anlass möchte ich Euch eigene Erfahrungen schildern, die ich innerhalb meiner Familie mit einem „Reichsbürger“ gemacht habe. Ziel ist es, die Kollegen zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wie schnell man in den Dunstkreis dieser „Reichsbürger“ gerückt werden kann.

Mitte März rief mich ganz aufgeregt der Mann meiner Schwester an. Er gab an, soeben von Polizeibeamten festgenommen worden zu sein, da gegen ihn ein Haftbefehl bestünde. Ich muss dazu sagen, dass ich nur wenig Kontakt zu diesem Teil meiner Familie habe. Ich hatte jedoch gehört, dass in der Familie meiner



Schwester offenbar Probleme bestehen. In einem Telefonat bat mich mein Schwager darum, einen Geldbetrag für ihn zu begleichen, um eine Festnahme zu verhindern. Ohne groß zu zögern, fuhr ich zu einer Bank, holte das Geld und fuhr anschließend zum Anhalteort. Dort erwarteten mich drei uniformierte Kollegen und mein Schwager. Völlig unbedarft gab ich gegenüber der Kollegen an, dass ich ebenfalls Polizeibeamter sei und in welcher Behörde ich Dienst verrichten würde. Als die Kollegen mich daraufhin völlig entgeistert ansahen, machte ich mir noch keine Gedanken. Ich bezahlte den geforderten Betrag in dem Haftbefehl, der aufgrund einer Steuerhinterziehung und daraus resultierenden nicht gezahlten Geldstrafe ausgestellt worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt war mir nicht bekannt, dass es sich bei meinem Schwager um einen „Reichsbürger“ handelt. Dieses erfuhr ich erst, als ich meinen Schwager zu einem Gespräch bat, um abzuklären, wie es überhaupt zu einem Haftbefehl kommen konnte.

In diesem Gespräch erläuterte mir mein Schwager seine verworrene Sicht auf diesen Staat. Er schilderte mir, dass er keine Briefe einer Behörde mehr annehmen würde und seine amtlichen Dokumente wie Personalausweis und Reisepass abgegeben habe. Als er anschließend auch noch Zweifel an dem Mord eines „Reichsbürgers“ an einem Polizeibeamten äußerte, komplimentierte ich ihn aus meinem Haus.

Am gleichen Tag noch suchte ich den Leiter der Führungsstelle meiner Abteilung auf und schilderte ihm den Sachverhalt. Mir war zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass ich durch das Bezahlen des Haftbefehls in den Dunstkreis der „Reichsbürger“ gerückt werden würde. Ich ahnte bereits, dass die anhaltenden Kollegen, die den Haftbefehl vollstreckten, eine Meldung an meine Behörde schreiben würden. So kam es dann auch. Gott sei Dank war mein Vorgesetzter sehr verständnisvoll und sicherte mir seine Rückendeckung zu. Ob ich mich noch einmal zu dem Sachverhalt äußern muss, bleibt abzuwarten.

Ich möchte anmerken, dass ich wirklich keine Ahnung von der Gesinnung meines Schwagers hatte. Hätte ich

davon gewusst, hätte ich den Haftbefehl nicht bezahlt. Mein Schwager war – zumindest nach meinem Kenntnisstand – immer ein Mensch mit keinerlei Interesse an Politik. Unglaublich!

**Name der Redaktion bekannt**

### Zu: Lesermeinung des Kollegen Wendelborn, DP 4/17

Der Kollege Wendelborn irrt in vielerlei Hinsicht. Er schreibt erstens, dass er bestreite, dass die „DDR-Bürger dankbar für den tollen Umtauschkurs der DDR-Mark sein müssten, da diese Währung kaum einen Wert hatte“. Er sollte bedenken, dass die Ost-Mark nicht getauscht, sondern von der Bundesregierung verschenkt wurde. Sie war völlig wertlos, dafür hätte man sich nirgends in Westeuropa auch nur ein Brötchen kaufen können. Man konnte gerade mal in West-Berlin diese Währung zum Kurs von 1:4 beziehungsweise 1:5 tauschen, um die Eintrittsgelder in den Osten in Höhe von 25 D-Mark (DM) etwas zu kompensieren. Als die Schleusen geöffnet wurden, stieg der Kurs auf 1:10 bis 1:20. Das Monopolygeld diente lediglich als Waren- und Dienstleistungsgutschein für den Binnengebrauch. Selbst in den Comecon-Bruderländern wurde die Ostmark von DDR-Touristen nur widerwillig akzeptiert. Hat man sich in ostdeutschen Zeitungen die Inserate der Schwarzarbeiter angesehen, wurden Dienstleistungen nur gegen „blaue Kacheln“ (100-DM-Scheine) angeboten, denn die Bevölkerung wollte die eigene Währung auch nicht. Bückware hat man vielfach auch nur gegen DM bekommen. Die Menschen haben alles getan, um durch Korruption an Westgeld zu gelangen. Viele Bürger hatten Zehntausende von Ostmark auf den Konten, nur konnten sie sich dafür nichts kaufen, weil es nichts gab. Und diese marode Währung wurde dann im Verhältnis 1:1 oder 1:2 getauscht, da die Drohung im Raum stand: „Kommt die DM nicht zu uns, gehen wir zur DM“. Um diese Flut aufzuhalten, die niemand verkräftet hätte, wurde die DM verschenkt.

Zweitens ist es völlig daneben, zu behaupten, dass auch in Ostdeutschland „hart gearbeitet und

daraus ein ansehnliches Land wurde“. Im Verhältnis zu den ärmsten Dritte-Welt-Staaten traf das in geringem Umfang sicherlich zu. Aber in weiten Teilen ist dieses Land heute noch nicht ansehnlich. Es gab ohne Zweifel einige Menschen, die hart gearbeitet hatten, meistens jedoch schwarz in die eigene Tasche. Viele Menschen hätten gern gearbeitet, wenn sie nur gekonnt und gedurft hätten. Wer wollte schon bei einem offiziellen Verdienst, der über 2.000 Mark hinausging, 90 Prozent Steuern zahlen? Arbeit war kaum vorhanden, da auf dem Bau das meiste Material geklaut und auf der Datsche verarbeitet wurde und Nachschub gab es nicht. Im öffentlichen Dienst war man nur damit beschäftigt, sich stundenlang an Geschäfte anzustellen, wo man noch einmal wusste, ob es überhaupt und wenn, was es gab. Verkäufer hatten nichts zu tun, weil die Geschäfte leer waren. Das Gaststättenpersonal lungerte den ganzen Tag rum, da sich die Gäste vor den leeren Gaststätten stundenlang auf der Straße anstellen mussten, um platziert zu werden (außer in den devisenträchtigen Interhotels). Qualifiziertes Personal gab es nicht, die einzige Voraussetzung, um Vopo zu werden, war, dass man geradeaus laufen konnte. Erzieher und Lehrer waren damit beschäftigt, aus Kindern den sozialistischen Menschen zu formen, Wissen zu vermitteln stand im Hintergrund. Die Misswirtschaft des verbrecherischen Regimes in dieser Bananenrepublik hat jeglichen Fleiß

**Fortsetzung auf Seite 38**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### **Kontakt zur Redaktion:**

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



**TITEL**

**TATORT NETZ**

# **CYBERCRIME**

**Historische Herausforderungen für die  
deutschen Ermittlungsbehörden**

Von Dr. Stefan Goertz

**Die Bedrohung durch Cyberkriminalität ist allgegenwärtig, kennt keine Landesgrenzen und keine verschlossenen Türen: Cybercrime ist dort, wo Menschen Computer und Smartphones nutzen, mittlerweile also überall. Das Bundeskriminalamt (BKA) geht aktuell von jährlich über 40 Millionen Euro Schäden durch Cybercrime in Deutschland aus. Dies macht jedoch nur einen Bruchteil des Tataufkommens beim Cybercrime aus. Das Dunkelfeld wird als hoch eingeschätzt. Die Grenzen zwischen Online- und Offline-Kriminalität verschwimmen, und Cybercrime ist zu einem Teil der Offline-Kriminalität der realen Welt geworden.**

Cybercrime umfasst die Straftaten, die sich gegen das Internet, weitere Datennetze und informationstechnische Systeme oder deren Daten richten. Darunter verstehen Experten auch solche Straftaten, die mittels dieser Informationstechnik begangen werden. Diese Definition steht im Einklang mit der Convention on Cybercrime des Europarates. Faktisch sind alle digitalen Nutzer von dieser Kriminalitätsform bedroht, wenn nicht gar betroffen, dies gilt sowohl für Privatpersonen als auch Firmen.

Die Bundesregierung stellt fest, dass es „immer mehr Cyber-Angriffe gibt, und dass es immer schwieriger wird, diese abzuwenden“. Die digitale Welt veränderte sich in den vergangenen Jahren grundlegend und daher dürfen insbesondere die Sicherheitsbehörden nicht zu spät auf die Realitäten der Digitalisierung und die damit verbundenen zahlreichen Phänomenbereiche von mit dem Internet verbundener Kriminalität reagieren. Mit dem Darknet bildete sich eine Cyber-Plattform heraus, auf der Straftaten von erheblicher Schwere begangen werden.

Die Bandbreite der Straftaten im Netz und mit dessen Hilfe ist groß und umfasst Betrugshandlungen durch Verbreitung von Schadsoftware, Phishing (Abfischen) persönlicher Zugangsdaten, Netzwerkeinbrüchen und DDoS-Attacken (Distributed Denial of Service), die Verbreitung von Kinderpornografie bis zum Handel mit Waffen (siehe den Amoklauf in München) und Drogen. Cybersabotage durch Angriffe auf Server und Webseiten, Cybermobbing, Cyberstalking, Cybergrooming (das gezielte An-

sprechen von Personen im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte) sowie der Besitz und das Verbreiten illegalen Materials im Internet wie Raubkopien zählen ebenfalls dazu.

## Cybercrime und die Wahrnehmung der Behörden

Nach Aussage des Bundesinnenministeriums „zählt die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staates. Dies gilt auch im Cyberraum.“ Aufgabe des Staates sei es daher, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland gegen Bedrohungen aus dem Cyberraum zu schützen sowie

Straftaten dort zu verhindern und zu verfolgen. Der Direktor von EUROPOL, Rob Wainright, analysierte Cybercrime Ende 2016 als „wirkliche und signifikante Bedrohung unserer kollektiven Sicherheit in Europa“ und ist „besorgt über das deutlich gestiegene Niveau von Cybercrime, auch verbunden mit Straftaten wie Menschenhandel und Terrorismus“. Nach BKA-Angaben ist im Phänomenbereich – wie in keinem anderen Deliktsbereich – eine „kontinuierlich steigende Kriminalitätsentwicklung zu verzeichnen“.

## Ein sehr großes Dunkelfeld

Zusätzlich verweist das BKA darauf, dass gemessen an der Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) registrierten Straftaten im Bereich Cybercrime von einem sehr großen Dunkelfeld auszugehen ist. Eine aktuelle Dunkelfeldstudie kommt zu dem Ergebnis, dass „lediglich neun Prozent aller Delikte im Bereich Cybercrime angezeigt werden“, also viele Fälle der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung analysiert, dass Deutschland jährlich von mindestens 15 Millionen



**Dr. rer. pol. Stefan Goertz, Diplom-Politologe, ist Hochschullehrer an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei in Lübeck, studierte unter anderem in Berlin und Damaskus/Syrien. Auslandseinsätze als Offizier der Bundeswehr im muslimischen Teil Bosniens (EUFOR) und im Libanon (UNIFIL). Promotion an der Carle-**

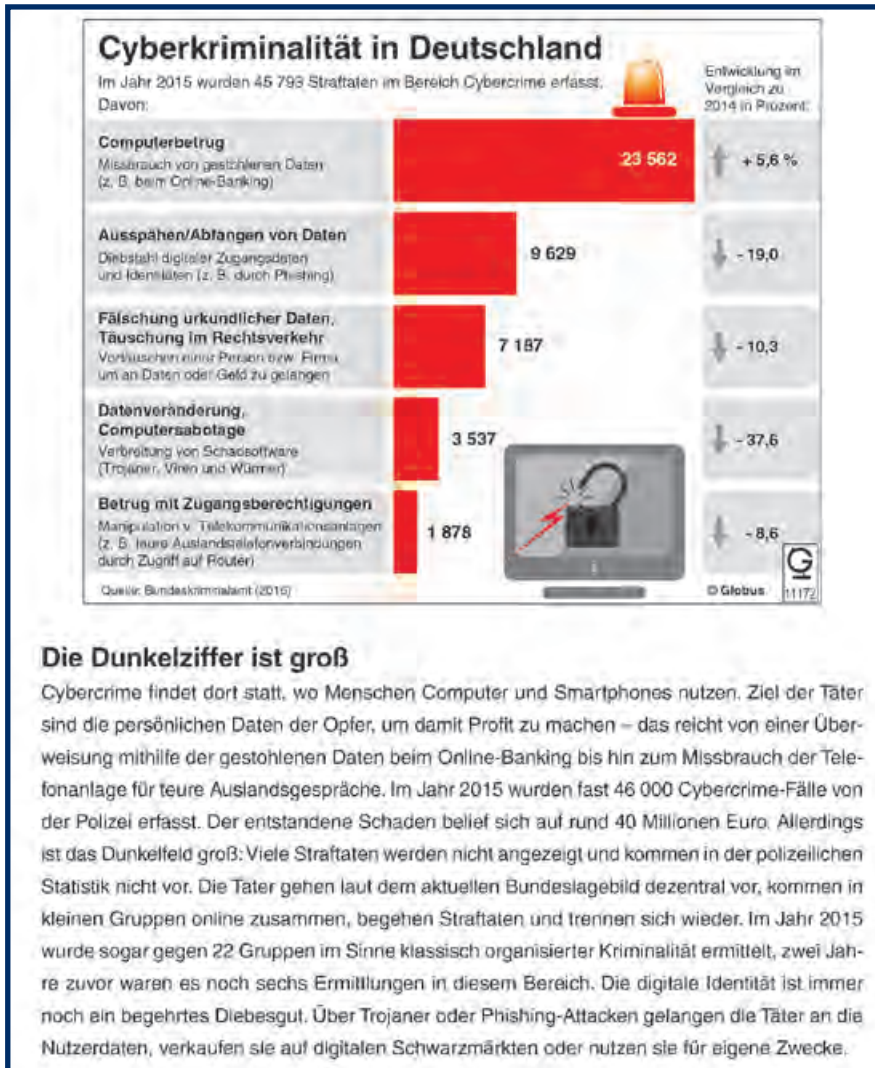
**ton University, Ottawa/Kanada und an der Universität der Bundeswehr in München im Bereich islamistischer Terrorismus und Hybridakteure. Forschungsschwerpunkte sind islamistischer Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Radikalisierungsforschung sowie der Cyber- und Informationsraum.**

Foto: M. Frauenkron

< Entwurf: Rembert Stolzenfeld

Fotos: Agentur: canstock





## Die Dunkelziffer ist groß

Cybercrime findet dort statt, wo Menschen Computer und Smartphones nutzen. Ziel der Täter sind die persönlichen Daten der Opfer, um damit Profit zu machen – das reicht von einer Überweisung mithilfe der gestohlenen Daten beim Online-Banking bis hin zum Missbrauch der Telefonanlage für teure Auslandsgespräche. Im Jahr 2015 wurden fast 46 000 Cybercrime-Fälle von der Polizei erfasst. Der entstandene Schaden belief sich auf rund 40 Millionen Euro. Allerdings ist das Dunkelfeld groß: Viele Straftaten werden nicht angezeigt und kommen in der polizeilichen Statistik nicht vor. Die Täter gehen laut dem aktuellen Bundeslagebild dezentral vor, kommen in kleinen Gruppen online zusammen, begehen Straftaten und trennen sich wieder. Im Jahr 2015 wurde sogar gegen 22 Gruppen im Sinne klassisch organisierter Kriminalität ermittelt, zwei Jahre zuvor waren es noch sechs Ermittlungen in diesem Bereich. Die digitale Identität ist immer noch ein begehrtes Diebesgut. Über Trojaner oder Phishing-Attacken gelangen die Täter an die Nutzerdaten, verkaufen sie auf digitalen Schwarzmärkten oder nutzen sie für eigene Zwecke.

Quelle: dpa-infografik/BKA

Fällen von Internetkriminalität betroffen ist, darunter mehr als 12 Millionen Fälle von Phishing, Identitätsbetrug und Angriffen mittels Schadsoftware. In Bezug auf durch Botnetze befallene Rechner liegt die Bundesrepublik weltweit auf Platz drei, hinter den USA und China.

## Transnationaler Charakter erschwerend für Strafverfolgungsbehörden

Cybercrime muss als „die“ transnationale Form von Organisierter Kriminalität (OK) bewertet werden, so stellt das BKA in 90,9 Prozent der Fälle aus dem Deliktsbereich Cybercrime Verbindungen ins Ausland fest. Im Vergleich zu 2015 stieg die Gesamtanzahl der OK-Gruppierungen im Be-

reich Cybercrime in der aktuell vorliegenden Analyse des BKA um 83,3 Prozent. Die transnational agierenden Gruppierungen und Netzwerke der OK nutzen dabei die technischen Möglichkeiten des Internets als Tatmittel und zu Zwecken der Kommunikation. Tatverabredung über soziale Netzwerke, anonymisierte Foren, konspirativer Informationsaustausch, Kryptierung und Verschleierung stellt die Strafverfolgungsbehörden vor erhebliche Herausforderungen. Dadurch nimmt der zeitliche Aufwand der Ermittlungen stetig zu und könnte den personellen und technischen Kapazitäten der deutschen Strafverfolgungsbehörden sehr bald ihre Grenzen aufzeigen.

Die Folgen von Cyberangriffen beschränken sich nach Ansicht des Bundesinnenministeriums nicht nur auf das Internet, sondern „können

gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und auch persönliche Schäden verursachen. Angriffe auf staatliche Institutionen mit dem Ziel der Ausspähung oder Sabotage können die Funktionsfähigkeit von Verwaltung, Streitkräften und Sicherheitsbehörden erheblich beeinträchtigen und damit Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland haben.“

## Darknet: Marktplatz illegaler Mittel zur Verübung von Straftaten

Das Darknet („Dunkles Netz“) bildet das Dark Web, ist ein Teil des Deep Webs und besteht aus Netzwerken wie The Onion Router (Tor), Freenet oder Invisible Internet Project (I2P). Im Wesentlichen besteht das Darknet aus den „Black Markets“, die dem Handel mit in der Regel illegalen Gütern dienen (illegal erworbene Daten, Identitäten, Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen, Falschgeld). Diese illegalen Märkte oder auch Schwarzmärkte im Internet nehmen seit Jahren eklatant zu. Durch die dabei festzustellende technische Anonymisierung stehen den Ermittlungsbehörden „herkömmliche“ Ermittlungs- und Identifizierungsansätze (IP-Adressen, Domainnamen, verifizierte Nutzerdaten) nicht zur Verfügung. Dadurch existiert die Gefahr des Darknet als strafverfolgungsfreier Raum.



Foto: Ulrich Baumgarten/dpa

Das Angebot in der Underground Economy im Darknet deckt aber nicht nur Waren, sondern auch Dienste, Wissen, Know-how ab und wird als „Crime as a Service“ bezeichnet. Kurz gesagt: Das Darknet bietet Dienstleistungen, mit denen die Durchführung jeder Art von Cybercrime ermöglicht wird, zum Beispiel Ransomware(-toolkits), die Bereitstellung von Botnetzen für verschiedene kriminelle Aktivitäten, den Verkauf sensibler





Daten, zum Beispiel Zugangs- oder Zahlungsdaten und sogenannte Drop-zones zum Ablegen illegal erlangter Informationen oder Waren. Dies hat in den vergangenen Jahren zu einer drastischen Erhöhung der Zahl der (potenziellen und/oder tatsächlichen) Täter geführt.

## Verschlüsselte Dateien und Dokumente

Für digitale Erpressungen wird in der Regel sogenannte Ransomware – Locky oder neue Versionen von TeslaCrypt – eingesetzt, die kryptografische Verfahren anwendet, um Dateien und Dokumente in infizierten IT-Systemen zu verschlüsseln. Für die Entschlüsselung der infizierten Dateien und Dokumente wird dann die Zahlung eines Lösegeldes (Englisch: Ransom) gefordert. Die entsprechende Ransomware (Schadsoftware) kann in den Foren der Underground Economy des Darknets kostengünstig erworben werden. Die Infizierung des IT-Systems beziehungsweise des Computers erfolgt über die unbemerkte Installation der Schadsoftware durch das Öffnen von E-Mail-Anhängen, durch Drive-by-Infection (unbewusste und unbeabsichtigte Infektion) beim Aufruf infizierter Webseiten oder durch den Download von nicht verifizierten Dateien, beispielsweise in Tauschbörsen/P2P (Peer to Peer)-Netzen, wo die Schadsoftware in der Regel als Video- oder Sounddatei getarnt zum Download angeboten wird.

Ransomware entwickelte sich binnenhalb weniger Jahre zum profitabelsten Malware-Typ, mit dem Cyber-Kriminelle Behörden, Unternehmen, kommunale Dienstleister, aber auch Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser sowie private Nutzer erpressen. Über fünf Milliarden US-Dollar pro Jahr werden auf diese Weise weltweit durch kriminelle Organisationen oder Individuen erlöst. In Deutschland stellt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) seit Beginn 2016 einen eklatanten Anstieg dieser Fälle digitaler Lösegelderpressung bei Krankenhäusern, öffentlichen Institutionen und mittelständischen Unternehmen fest. In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres gab es über 65 Angriffe mit der Ransomware-Variante Samas/Samsam/MSIL.B/C auf deutsche Kran-

## Bundesinnenminister will Zuständigkeit im Cyberraum gesetzlich regeln

Die Politik dringt zunehmend auf eine Regelung für die Zuständigkeit bei der Cyberabwehr in Deutschland. „Wir prüfen gerade die Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen Rechtsgrundlage“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière im April in der ARD. Es gehe um die Frage, „ist es das BKA, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)? Gefahrenabwehr ist zunächst die Aufgabe der Länder.“ Der Minister kündigte an, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode habe man bei diesem Thema eine sehr wichtige Entscheidung zu treffen.

red

kenhäuser. So mussten im Lukaskrankenhaus im niederrheinischen Neuss aufgrund eines Ransomware-Angriffs mehrere Operationen verschoben werden. Ähnliche Beispiele sind ein Fraunhofer-Institut in Bayreuth und das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. IT-Sicherheitsanbieter sprechen von einem „Wettrüsten“ zwischen Cyber-Kriminellen und Security-Anbietern. Durchschnittlich 230.000 neue digitale Schädlinge entstehen pro Tag, was mehr als 84 Millionen neue Malware-Exemplare allein im Jahr 2016 bedeutet.

BKA-Präsident Holger Münch betont die Wichtigkeit der Problematik, dass im Darknet eine „große kriminelle Palette von Geschäften mit Waffen, Sprengstoff bis hin zu gefälschten Dokumenten wie Pässen und Ausweisen“ – siehe das Beispiel des Täters des Anschlages auf den Berliner Weihnachtsmarkt – in „vollkommener Anonymität abgewickelt werden kann“. Deshalb werde das BKA künftig, so Münch „solche Plattformen stärker kontrollieren, Licht ins Dunkel bringen und Ermittlungen in den entsprechenden Foren und auf illegalen Marktplätzen zu einem weiteren Schwerpunkt machen“.

## Cybercrime als historische Herausforderung für die Ermittlungsbehörden

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière sagte auf der BKA-Herbsttagung Mitte November in Mainz, dass „Kriminelle schon immer neue Technologien genutzt haben, um Straftaten zu begehen oder sich der Strafverfolgung zu entziehen. Dies gilt heute besonders für den Cyberraum. Das Internet wird natürlich auch zur Verbreitung und zur Begehung schwerer Straftaten genutzt. Das Darknet bietet kriminelle Dienstleistungen wie in einem anonymen Online-Shop zur Bestellung an. Es ist schwierig und aufwändig, hier zu ermitteln – aber nicht aussichtslos.“ Diese Auffassung spiegelt die Einschätzung des EUROPOL-Direktors, verschiedener Cyber-Forscher und auch die Analysen des BKA.

Der Innenminister erklärte weiter, dass „die Kriminalitätsbekämpfung im Internet nicht mehr Rechte für Sicherheitsbehörden als außerhalb des Internets braucht, aber auch nicht weniger. Die Sicherheitsbehörden müssen im Internet auch tatsächlich das technisch können, was sie rechtlich dürfen. Wir müssen bei der Entwicklung von IT-gestützten Ermittlungsmaßnahmen unsere Kräfte bündeln – technische Hilfsmittel entwickeln und auf dem neuesten Stand halten“.

Erfahrene Ermittler des Cybercrime-Kompetenzentrums allerdings fordern gesetzgeberische Korrekturen, um bestimmte Straftaten im Cyberbereich überhaupt verfolgen zu können. So sollen die Katalogstrafen erweitert werden, sprich: Delikte, für deren Verfolgung die Daten aus der Vorratsdatenspeicherung genutzt werden dürfen. Gerade Fälle wie Phishing-Mails können ohne die durch Vorratsdatenspeicherung gewonnenen Daten – hier die IP-Adressen der Tatverdächtigen – nicht verfolgt werden.

Der Präsident des BKA bewertete in seiner Rede „Vor welchen Herausforderungen steht die Polizei?“ auf der Mainzer Herbsttagung die „Kompetenzvermutung – die Polizei ist in der Lage, mit der Kriminalitätsentwicklung Schritt zu halten, und die Integritätsvermutung – die





Logo der Cybercrime Intelligence Unit des Bundeskriminalamtes

Foto: Ulrich Baumgarten/dpa

Polizei nimmt ihre Befugnisse rechtmäßig und verhältnismäßig wahr“ als entscheidend im Umgang mit den Herausforderungen des Cybercrime, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu erhalten. Als eine Komponente der wachsenden Unsicherheit in der Bevölkerung bezeichnete Münch „die Befürchtung vieler Bürgerinnen und Bürger, dass Politik und Behörden mit der Bewältigung aktueller Herausforderungen überlastet sind. Sie haben Angst vor einem Kontrollverlust des Staates. Deshalb brauchen wir eine cyberfähige Polizei, die schnell auf Veränderungen reagieren kann und sich so selbstverständlich wie in der analogen Welt auch in der digitalen Welt präsent zeigt.“

In Bezug auf die Bekämpfung von Cyber-Angriffen, Cyber-Spionage und Cyber-Sabotage sollen künftig die Cyber-Kompetenzen deutscher Sicherheitsbehörden beim BKA und beim Bundesamt für Verfassungsschutz gebündelt werden. Um auch verschlüsselte Kommunikation zu überwachen wird ein „schnellstmöglicher Einsatz von Quellen-Telekommunikationsüberwachung durch Polizei und Verfassungsschutz“ gefordert. Dabei sollen die Anbieter von E-Mail-Diensten und die Betreiber sozialer Medien verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Korrespondierend dazu soll der Strafenkatalog, der zu einer Verkehrsdatenspeicherung ermächtigt, erweitert werden, etwa um den Tatbestand der Terrorismusfinanzierung.

### Fazit

Die Bedrohung durch Cybercrime hat ein historisches Ausmaß erreicht.

Individuelle Nutzer, Firmen, die Verwaltung, Sicherheitsbehörden und andere Stellen sind von heterogenen Formen dieses Phänomens bedroht, sodass sowohl eine behördenübergreifende, institutionelle Antwort des Staates nötig ist als auch das gesamtgesellschaftliche Schaffen eines Bewusstseins (awareness) für die Gefahren für jedes Individuum. Cybercrime und die transnationale OK entwickeln sich täglich weiter, bringen immer neue Tatziele und Modi Operandi hervor, die die aktuelle Sicherheitsarchitektur westlicher, demokratischer Industriestaaten wie Deutschland vor eine bisher nicht gekannte Herausforderung stellen. Augenblicklich muss festgestellt werden, dass die nationalen und internationalen Gesetzesgrundlagen, zum Beispiel in der Europäischen Union, noch nicht so aufeinander abgestimmt sind, dass die Strafverfolgungsbehörden im Bereich Cybercrime optimal arbeiten können.

Aktuelle Technologietrends wie „Industrie 4.0“, das „Internet der Dinge“, und die weiter steigende Nutzung des Netzes durch die Privatanwender werden die oben beschriebene Entwicklung schneller fördern und noch komplexer machen, da sie aus Täterperspektive neue Tatgelegenheiten und Tatgelegenheitsstrukturen eröffnen werden.

Abschließend soll ein bildlicher Vergleich die Drastik der Bedrohung von Cybercrime verdeutlichen: Wenn das 20. Jahrhundert von der Weltwirtschaftskrise, den beiden Weltkriegen und dem Ringen um Demokratie über nationalstaatliche Grenzen hinaus geprägt war, wird das Schicksal demokratischer Staa-

ten, ihrer freiheitlichen Verfassungsgrundsätze und ihrer Volkswirtschaften im 21. Jahrhundert in einer neuen Dimension mit entschieden werden, in der Dimension Cyber und ihren Cybercrime-Phänomenen.

## Prävention



„Sicher im Netz“ ist die aktuelle Präventionsbroschüre im VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP). Hier erhält der User einerseits Tipps für den eigenen kompetenten Umgang mit Computern, Internet und Smartphones. Außerdem erhalten die Leser einen Überblick über die Themen, die für Kinder in puncto Sicherheit im Internet und Mobil wichtig sein können. Der zweite Teil richtet sich mit altersgerecht verfassten Hinweisen und Ratschlägen an die Kinder selbst. Diese können ihr Wissen sogar testen und einen Internetführerschein machen. Dieser ist auch online auf dem Präventionsportal [www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de) abrufbar. Nähere Informationen unter [av@vdpolizei.de](mailto:av@vdpolizei.de).

Mehr zum Thema Internetkriminalität auf [PolizeiDeinPartner.de](http://PolizeiDeinPartner.de)



## „Wir sind handlungsfähig und können auch zurückschlagen“

**Sachsens Innenminister Markus Ulbig spricht sich als Vorsitzender der Innenministerkonferenz für eine Stärkung und bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen Cybercrime aus. Seit einem Monat arbeitet das neue Bundeswehr-Kommando „Cyber- und Informationsraum“ (CIR) mit Standort Bonn als eigene Waffengattung. Der Deutsche Richterbund fordert, den Strafrahmen für das Ausspähen von Daten, Datenhehlerei und Computersabotage anzuheben. Das Thema Cybercrime nimmt in der politischen Debatte immer größeren Raum ein. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm. Der Chef der unter dem Dach des Bundesministeriums des Innern angesiedelten zivilen oberen Bundesbehörde mit Sitz in Bonn ist seit Februar 2016 im Amt. Rund 840 Mitarbeiter sollen es bis Jahresende werden, die dann unter seiner Regie an der Cyber-Sicherheit für Deutschland arbeiten. Der 47-Jährige war zuvor Präsident des Cyber-Sicherheitsrats Deutschland e.V., dem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Mitglied angehört.**

Schritt gemacht. Auch dort schreitet die Digitalisierung und Vernetzung massiv voran. Im Grunde wurde durch das IT-Sicherheitsgesetz hier nachvollzogen, was wir in der IT-Infrastruktur des Regierungsnetzes bereits seit 2009 mit der Novellierung des BSI-Gesetzes haben. Wir können in Abstimmung mit den KRITIS-Betreibern Mindeststandards der IT-Sicherheit setzen, und sie müssen Cyber-Sicherheitsvorfälle an das BSI melden. Daraus können wir ein Gesamtlagebild erstellen und aktuelle Warnungen wiederum an die Betreiber geben. Wir sind davon überzeugt, dass IT-Sicherheit die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung ist.

**DP: Die Strafverfolgungsbehörden ha-**

**DP: Herr Schönbohm, das BSI braucht sich über zu wenig Arbeit keine Gedanken zu machen...**

**Arne Schönbohm:** Ja, Cyber-Sicherheit ist heute ein Thema für alle. Denn wir alle tun viele Dinge online im Internet, die wir früher vor Ort im Reisebüro, in einer Bibliothek oder einer Bank getan haben. Das Internet ist in vielen Bereichen zum essenziellen Bestandteil, zum Rückgrat von Prozessen auch in der Wirtschaft geworden. Das bringt ganz viele Vorteile, hat aber auch Schattenseiten.

**DP: Vor Jahren konnte man die Cyberkriminalität vielleicht noch als Randphänomen abtun. Da ging es meist um Betrügereien wie das Abfischen von Passwörtern, heute könnte eine gezielte Cyberattacke ein ganzes Land ins Wanken bringen, oder?**

**Schönbohm:** Da müssen wir unterscheiden. Die Cyber-Welt ist zunächst nichts anderes als ein Abbild der realen Welt. Das heißt Betrug und Täuschung gibt es auch im Internet. Aber es gibt auch Betrugsformen, die mit dem Internet erst ihre Geschäftsgrundlage fanden, wie etwa der Identitätsdiebstahl. Als nationale Cyber-Sicherheitsbehörde arbeiten wir intensiv mit den Internet-Providern zusammen und informieren sie täglich über Schadsoftware, die auf den Rechnern ihrer Kunden beispielsweise zum Diebstahl von Online-Identitäten genutzt wird. Auf



**BSI-Präsident Arne Schönbohm (r.) am GdP-Stand auf dem Europäischen Polizeikongress Ende Februar in Berlin im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**

**Foto: Zielasko**

der anderen Seite müssen wir auch die Betroffenen von Cyber-Crime ermuntern, Vorfälle zur Anzeige zu bringen, um Licht in das Dunkelfeld zu bringen. Das nehmen wir ernst.

Wenn wir die Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) anschauen, die sich um die Versorgung mit Energie, Telekommunikation, aber auch um Logistik für Nahrungsmittel kümmern, haben wir in Deutschland mit dem IT-Sicherheitsgesetz einen wichtigen

**ben mit Hilfe des BSI Ende November mit „Avalanche“ eine seit Jahren operierende sogenannte Botnetzinfrastruktur zerschlagen. Wie kommt man solchen Tätern auf die Spur, die zig Millionen Internetnutzer geschädigt haben?**

**Schönbohm:** Die Zerschlagung von Avalanche zeigt, dass wir als staatliche Einrichtungen sehr wohl der internationalen Cyberkriminalität etwas entgegen zu setzen haben. Wir sind handlungsfähig und können auch



zurückschlagen. Dazu gehören die Ausdauer der Ermittlungsbehörden, die technische Expertise von Einrichtungen wie dem BSI und die Fähigkeit, international gemeinschaftlich zu handeln. Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum koordiniert in solchen Fällen die gemeinsame Reaktion der Bundesbehörden. Das war beim Vorgehen gegen das Botnetzwerk Avalanche vorbildlich. Dies werden wir fortführen.

**DP: Trifft die Einschätzung zu, dass Cyberkriminalität nicht mehr nur dem klassischen Verbrechen zugeordnet wer-**



Foto: Agentur adpic

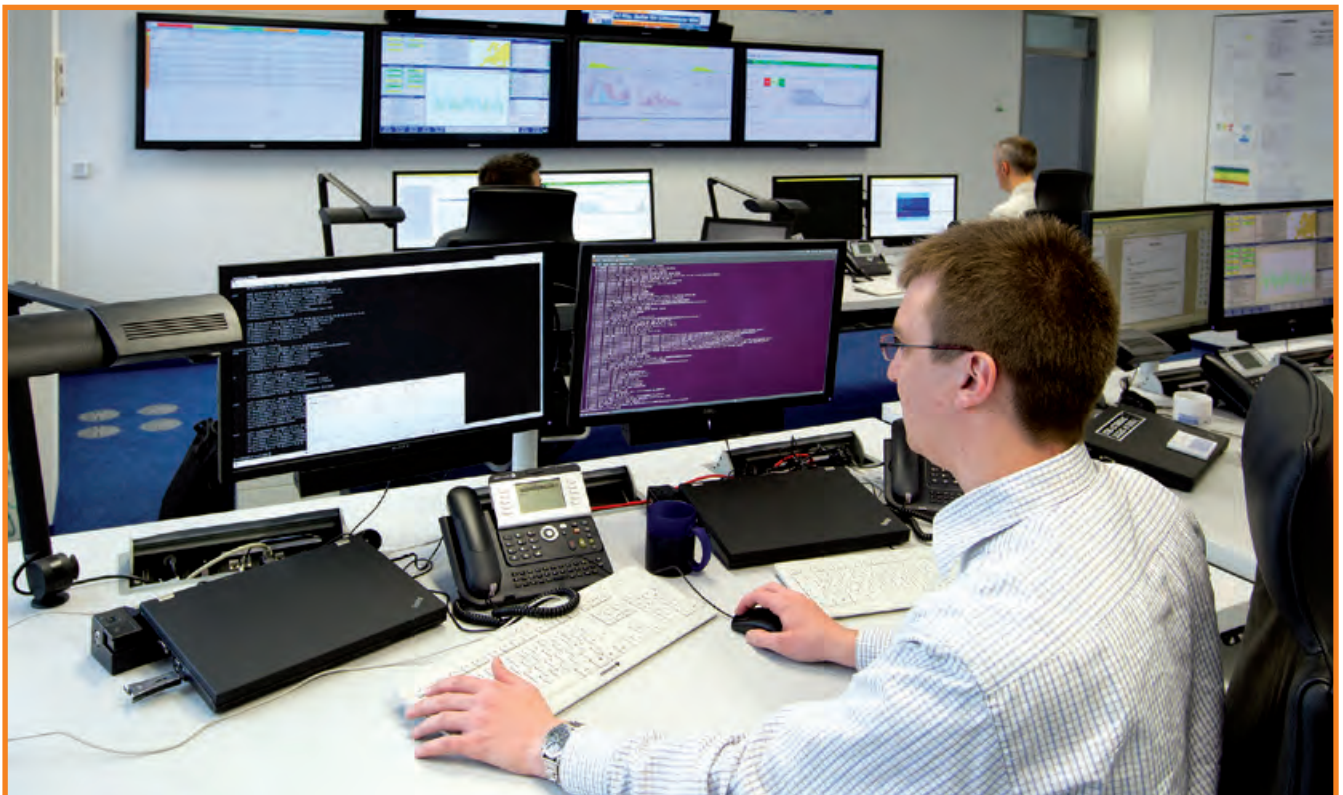
**den sollte, sondern als strategisches Werkzeug für nationalpolitische Interessen eine immer größere Bedeutung erlangen wird?**

**Schönbohm:** Wir erkennen deutlich, dass staatliche Konflikte auch im digi-

talen Raum ihren Niederschlag finden. Das geschieht dann als Agitation, inhaltliche Manipulation von Webseiten, bis hin zu Angriffen auf die Verfügbarkeit von relevanten Webservices oder Kritischen Infrastrukturen. Die zunehmende Zahl der Cyber-Angriffe auf das Regierungsnetz in Deutschland und die hochwertigen Angriffe, die Advanced Persistent Threats, kurz APT, sind dafür ein Indiz. In den Medien ist der APT-Angriff auf den französischen Fernsehsender TV5 oder der Angriff auf den Deutschen Bundestag im Frühjahr 2015 am bekanntesten geworden.

**DP: Auf welchen Ebenen arbeiten Sie mit der Polizei zusammen?**

**Schönbohm:** Die Zusammenarbeit des BSI mit der Polizei ist sehr vielfältig. Zum einen begleiten und zertifizieren wir technische Entwicklungen für die Grenzkontrolle zum Beispiel zur Prüfung von biometrischen Identifikationsmerkmalen, die auf Ausweisen gespeichert sind. Bei der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger vor Cyber-Gefahren kooperieren wir sehr erfolgreich mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes, kurz ProPK. Hier unter-



Ein Blick in das Lagezentrum der Bundesanstalt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Foto: BSI



## INTERVIEW

stützen wir durch Informationen für das Webportal [www.polizeiberatung.de](http://www.polizeiberatung.de) oder mit Hinweisen über unsere Webseiten [www.bsi-fuer-buerger.de](http://www.bsi-fuer-buerger.de). Aber auch in der konkreten Bearbeitung sind wir gemeinsam aktiv, sei es bei der Zerschlagung von Avalanche oder im Fall eines großen Krankenhauses in NRW, das auf Grund einer Cyber-Attacke in den Notbetrieb

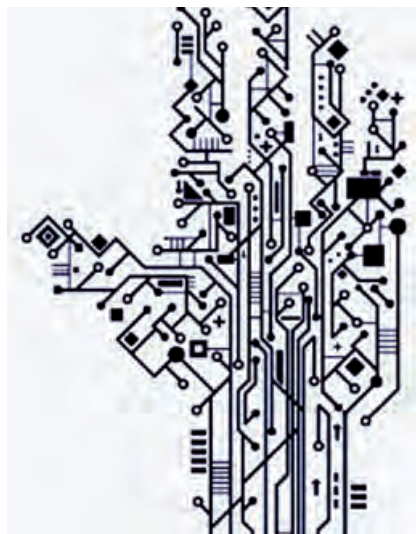


Foto: Agentur adpic

*„Denn wir alle tun viele Dinge online im Internet, die wir früher vor Ort im Reisebüro, in einer Bibliothek oder einer Bank getan haben.“*

schalten musste. Die Kooperation mit dem Cybercrime-Kompetenzzentrum des LKA in Nordrhein-Westfalen verlief vorbildlich.

**DP: Wo muss die Polizei aus Ihrer Sicht besser werden, um Cyberkriminelle effektiver aufspüren und verfolgen zu können?**

**Schönbohm:** Die Polizeien haben bei der Bekämpfung von Cyber-Kriminalität deutlich aufgeholt. Es sind Kompetenzzentren entstanden, die sich regelmäßig auch mit dem BSI austauschen. Auch in der Ausbildung nehmen die Aspekte der Internetgefahren einen breiteren Raum ein. Die Herausforderung besteht darin, einerseits mit der rasant zunehmenden Digitalisierung fast aller Lebensbereiche und dem dazugehörigen technologischen Fortschritt und andererseits mit dem Erfindungsreichtum der Cyber-Kriminellen Schritt zu halten. Dazu ist ein regelmäßiger Austausch

auf nationaler als auch internationaler Ebene erforderlich.

**DP: Wie viel muss der Schutzpolizist im Revier oder Abschnitt eigentlich vom Internet wissen, um digitale Kriminalität verstehen und bearbeiten zu können?**

**Schönbohm:** Das ist keine leichte Frage. Selbst Experten können heute nicht vorhersagen, wie sich die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Facetten im Detail entwickelt. Für den Polizisten vor Ort ist aber grundsätzlich eine Offenheit gegenüber technischen Entwicklungen hilfreich. Um sich ein aktuelles Bild zu machen, was im Netz passiert, gibt es entsprechende Informationsangebote wie den BSI-Newsletter „SICHER•INFORMIERT“ oder unsere Internetseiten [www.bsi.bund.de](http://www.bsi.bund.de).

**DP: Was muss die Polizei tun, um Cybercrime-Experten in ihre Reihen zu holen? Wie attraktiv sind Arbeitsplätze im BSI?**

**Schönbohm:** Ich glaube, dass unsere Arbeitsplätze in den Behörden, sowohl im BSI als auch bei der Polizei durch die Aufgaben, die wir erfüllen, attraktiv sind. Zu uns ins BSI kommen junge engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich für diese Aufgabe begeistern. Die Rahmenbedingungen im BSI sind gut. Um unsere Stellen zu besetzen haben wir eine Personal-kampagne mit dem Slogan „Wir wollen deine digitale Seite“ gestartet. Wir informieren gezielt an Hochschulen und bei Recruitment-Veranstaltungen über die hochinteressanten Jobs im BSI und die Entwicklungsperspektiven in unserer Behörde. Das kommt sehr gut an und zeigt Erfolge. Rund 70 der 180 neuen Stellen in 2017 sind bereits jetzt vergeben.

**DP: Wie merken Sie sich eigentlich Ihre Passwörter, und wie oft wechseln Sie sie?**

**Schönbohm:** Hier bin ich dem Rat auf [www.bsi-fuer-buerger.de](http://www.bsi-fuer-buerger.de) gefolgt und habe mir Merksätze für sichere Passwörter gebildet. Ich nehme das Thema sehr ernst und wechsele meine Passwörter daher auch privat regelmäßig – und zwar deutlich häufiger als einmal pro Jahr.

**DP: Herr Schönbohm, vielen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führte DP-Redakteur Michael Zielasko



**COP® SPECIALS**  
Mai / Juni 2017

\*\*Gültig vom 20.04. bis 30.06.2017

MIT SHOPS IN  
BERLIN · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN

**COP®**

**1 Hüfttaschenholster**

**COP® MB9**  
Art.-Nr. 200009  
Farbe: schwarz  
Material: 100% Polyester  
Maße: 28x20x6 (BxHxT)  
Mit Sicherheits-Koppelschloss  
COP-LOK® am Hüftgurt.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 39,90**  
statt 59,99\*\*\*



Fingerschutzkategorie 4+



**2 Einsatzhandschuh**

**COP® „PPG TS“**  
Art.-Nr. 320PPGTS-Größe  
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
Außenmaterial: Handfläche: 100% Rindleder. Handrücken: 55% Polyamid, 45% Polyester  
Innenmaterial: 100% Polyäthylen



Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 59,90**  
statt 79,99\*\*\*



**3 Halbschuh**

**MAGNUM® „MPT“**  
Art.-Nr.: 87800745-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)  
keine halben EU-Größen  
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 410 g  
Obermaterial: atmungsaktives  
Nylon mit Einlagen aus Leder.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 49,90**  
statt 69,99\*

**TACTICAL**



**4 Under Armour® Tactical Valsetz Stiefel**  
Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)  
Farbe: beige und schwarz  
Größen beige: US 7,5 - 15 (EU 40,5 - 49,5)  
Größen schwarz: US 8 - 14 (EU 41-48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 99,90**  
statt 129,99\*

Sportlicher, extrem bequemer und ultra-leichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

**5 Einsatztasche „Equipment Bag“**

**COP® 903**  
Art.-Nr. 903 BAG-2C  
Außenmaße:  
56 x 24 x 32 cm (L x B x H)  
Innenmaße:  
48 x 20 x 30 cm (L x B x H)  
Farbe: coyote  
Material: 100% Polyester



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 59,90**  
statt 84,99\*\*\*

Angebot gilt ohne Deko

**6 Under Armour® T-Shirt „Signature“ HeatGear®**

Art.-Nr. UA12723935-Größe  
Material: 65 % Polyester, 35 % Rayon  
Farben: schwarz oder weiß  
Größen: XS-3XL

FITTED



**2er-Pack**

**heatgear®**  
FÜR HEISSE TAGE  
MIT KÖHLEN UND THERMO

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 29,90**  
statt 39,99\*

**7 Paracord Armband „Survival bracelet“**

Art.-Nr. 4509JG204  
Material: Nylon mit Kunststoffschließe  
Farbe: schwarz mit blauem Band  
Innendurchmesser Armband 6 cm.  
Armbandlänge 24 cm  
Gesamtlänge der Schnur geöffnet 325 cm



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 3,90**  
statt 6,99\*\*\*

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

**www.cop-shop.de**



## IMK-Vorsitzender in GdP-Bundesgeschäftsstelle – Malchow verweist auf hohe Qualität der Polizeiarbeit

**Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Sachsens Ressortchef Markus Ulbig, nutzte einen Berlin-Aufenthalt Mitte März zu einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, in der GdP-Bundesgeschäftsstelle im Moabiter Kiez. Ulbig, in Begleitung des sächsischen Landespolizeipräsidenten Jürgen Georgie, berichtete über Erkenntnisse der eine Woche zuvor stattgefundenen gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr, bei der mehrere nahezu gleichzeitig sich ereignende Terroranschläge und/oder Amoklagen in verschiedenen Bundesländern simuliert wurden.**



**Markus Ulbig, sächsischer Innenminister und amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz, im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (l.). Rechts im Bild: Sachsens Landespolizeipräsident Jürgen Georgie. Foto: Zielasko**

Malchow konfrontierte in dem Gespräch den Innenminister mit der GdP-Prognose zur Personalentwicklung der Polizei bis 2021. Trotz einer grundsätzlich positiven Entwicklung werde die GdP-Forderung von 20.000 neuen Stellen nicht erfüllt. An der hohen Qualität der Polizeiarbeit hierzulande sollten jedenfalls trotz erkennbarer Schwie-

rigkeiten, geeigneten Nachwuchss zu finden, keine Abstriche gemacht werden, betonte er.

Der GdP-Chef bekräftigte weiterhin die GdP-Forderung, trotz des noch mehrere Jahre zu spürenden Personalmangels nur auf vollausgebildete Vollzugsbeamtinnen und -beamte zu setzen. Den von Sachsen eingeschlagenen Weg, stärker auf Wachpolizisten zu setzen, sehe er mit großer Skepsis, sagte Malchow.

Einig zeigten sich der Politiker und der Gewerkschafter bei der problematischer werdenden Belastung der Bereitschaftspolizeien durch immer mehr länderübergreifende Einsätze. Das Jahr 2017, so prognostizierte der GdP-Chef angesichts des kommenden G20-Gipfels in Hamburg, werde die Lage bei den Geschlossenen Einheiten nicht grundlegend entschärfen.

Der GdP-Bundesvorsitzende sagte dem Innenminister die Unterstützung seiner Organisation bei der von Ulbigs IMK-Vorgänger, Saarlands Innenressortchef Klaus Bouillon, in Gang gebrachten besseren Vernetzung der Polizeien zu. Dies sei zwar eine Mammutaufgabe, aber eine notwendige.

**mzo**

## Malchow: Im Kopf des Täters ansetzen

**GdP-Chef bei Journalistenseminar der Bundesrechtsanwaltskammer**

**„Wo sind die Grenzen einer präventiven Kriminalpolitik?“ war das Thema einer Podiumsdiskussion auf dem 21. Journalistenseminar der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) Ende März in Berlin. Podiumsgast war Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Mit einem „Impulsreferat“ erläuterte er die Position seiner Organisation und warf zahlreiche Fragen auf, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern engagiert erörtert wurden.**

Unmerklich, aber umso gründlicher hätten sich, so der GdP-Chef, seit dem 11. September 2001 die Anforderungen an die Arbeit der Ermittlungsbehörden, insbesondere der Polizei, verändert. Zwar sei es für das Sicherheits- und Rechtsgefühl der Menschen schon immer wichtig gewesen, dass Straftaten verhindert und sich der Staat als handlungsfähig erweise, „spätestens jedoch seit den Anschlägen von Paris und Brüssel ist der Druck auf die Polizei zur Verhinderung solcher terroristischer Straftaten deutlich gewachsen“.

Zwar habe immer ein Anspruch an die Polizei gegolten, beispielsweise durch starke sichtbare Präsenz, vor allem Gewalt – und Straßenkriminalität zu verhindern. Malchow betonte: „Nach den ersten schweren terroristischen Anschlägen wandelte sich der Anspruch an die Prävention drastisch: Es gilt, die Tat überhaupt zu verhindern, insbesondere dafür zu sorgen, dass der Terrorist kein Terrorist wird. Ich behaupte, dass sich die wenigsten Sicherheits- und Kriminal- und Rechtspolitiker über diesen Paradigmenwechsel und seine Konsequenzen für diejenigen, die das bewerkstelligen sollen, Gedanken gemacht haben und machen.“ Der GdP-Vorsitzende fragte: „Wo also setzt eine Kriminalitätsbekämpfung an, wenn sie Kriminalität erfolgreich verhindern soll?“ Natürlich dort, wo der Plan zu einer Straftat reife, also im Kopf des potenziellen Täters – aber welchen potenziellen Täters?





## Mehr als 1.000 Terrorverdächtige

Allein im Bereich des islamistischen Terrorismus gebe es derzeit eine große Auswahl: Bund und Länder führen mehr als 760 Ermittlungsverfahren mit mehr als 1.000 Terrorverdächtigen aus der islamistischen Szene. „Das sind doppelt so viel wie 2013. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gerät in Nahost immer stärker unter Druck, und wir haben es nicht mehr nur mit deutschstämmigen Rückkehrern zu tun, sondern auch mit Dschihad-Reisenden aus anderen europäischen Ländern oder aus Nordafrika. Aber damit nicht genug“, erläuterte Malchow.

Die Behörden zählen inzwischen 1.600 Personen zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial. Die Zahl der Gefährder, also Menschen, denen ein Anschlag zugetraut wird, ist auf 570 Personen angewachsen. „Und das sind eher konservative Schätzungen. Für eine erlaubte Rund-um-die-Uhr-Bewachung benötigen wir 25 Polizisten. Das macht bei 570 Personen einen Personaleinsatz von 14.250 Beamtinnen und Beamten. In ihren Ermittlungen steht die Polizei dabei immer vor der Gefahr, zu früh – das heißt dann in der Regel ohne rechtliche Konsequenzen für die mutmaßlichen Täter – oder zu spät, mit Toten und Verletzten – gehandelt zu haben“, so der Gewerkschafter.

„Deshalb müssen wir unsere organisatorischen Strukturen anpassen und auch in der Polizei in internationalen Netzwerken arbeiten – und zwar schneller und digitaler. Wir müssen aber auch unsere Gesetze und unsere Fähigkeiten anpassen. Es ist beispiels-



**GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, hier mit der Diskussionsleiterin Gudula Geuther (Deutschlandradio Kultur) und Prof. Dr. Michael Jasch (I.), Professor für Straf- und Strafrecht an der Polizeiakademie Niedersachsen.**  
Foto: Holec

weise nicht mehr zeitgemäß, dass wir in Deutschland 16 verschiedene Polizeigesetze haben. Dringend notwendig wäre ein Musterentwurf, der für alle Länder gleichermaßen gilt. Zudem sollten wir in Europa Informationen so austauschen können wie innerhalb Deutschlands. Auch die Polizei muss in Europa ohne Binnengrenzen arbeiten können. Es ist ein einheitlicher europäischer Rechtsraum für die Strafverfolgung nötig, insbesondere beim Daten- und Informationsaustausch, wie es beispielsweise im gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin praktiziert wird“, betonte Malchow und fügte hinzu: „Und natürlich brauchen wir rechtliche und technische Möglichkeiten, die Kommunikation potenzieller Täter zu überwachen. Ebenso die rechtliche Befugnis, die Telekommunikationsmaßnahmen auch auf Messenger-Dienste zu übertragen. Wir

brauchen weiterhin die Vorratsdatenspeicherung und möglicherweise auch die Fußfessel, um ein paar Stichworte zu nennen.“

Der GdP-Vorsitzende drückte seine Sorge darüber aus, dass das zunehmende Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung nicht erst durch den ersten Terroranschlag mit mehreren Toten auf deutschem Boden zugenommen habe. Malchow sagte: „Kriminalität wird zunehmend im eigenen Umfeld erlebt, zum Beispiel Diebstähle oder Wohnungsaufbrüche. Die Unordnung in Städten – wie marode Gebäude, zerschlagene Scheiben, Müll auf den Straßen – weckt zusätzlich Ängste. Die Menschen haben das Gefühl, der Staat kümmert sich nicht mehr um das Gemeinwesen, er schützt seine Bürger und bestraft die Täter nicht ausreichend.“

hol

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



**Habichtswald-Klinik**

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

## Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

\* aus dem deutschen Festnetz





Foto: Zielasko

**Aktuelle politische Sicherheitsthemen haben der Deutsche Richterbund (DRB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei einem Treffen der Spitzen beider Organisationen in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle erörtert. Vor allem der von Bundesjustizminister Heiko Maas sogenannte Schutzparagraf für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte (siehe unteren Bericht) bildete den Schwerpunkt des Gesprächs zwischen dem DRB-Vorsitzenden Jens Gnisa (l.) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. An dem Gespräch teilgenommen hatten DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn sowie Gewerkschaftssekretär Sascha Braun, in der GdP-Bundesgeschäftsstelle für Rechts- und Kriminalpolitik verantwortlicher Abteilungsleiter.**

**mzo**

## Malchow: Jahrelanges Engagement der GdP für besseren Schutz der Polizei erfolgreich

**Härtere Strafen für Angriffe auf Polizei auf politischer Zielgerade**

**Das hartnäckige Drängen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach härteren Strafen für Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte endet nach den Worten des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow erfolgreich und wird bald Gesetzeswirklichkeit. „Wir sind endlich auf der politischen Zielgeraden angekommen, unsere langjährigen Forderungen finden sich in der Gesetzesvorlage eins zu eins wieder“, sagte Malchow vor der Mitte März unter Beteiligung der GdP stattgefundenen Expertenanhörung im Bundestag zum von Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegten Schutzparagrafen für Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte. Nach der Abstimmung im Bundesrat rund eine Woche vor der Anhörung sei dies der nächste wichtige politische Schritt hin auf einen deutlich verbesserten Schutz für Polizeibeamtinnen und -beamte vor Gewaltübergriffen.**

Über sieben Jahre hatte die GdP über bundesweite Kampagnen, in Interviews, Veranstaltungen und zahllosen politischen Gesprächen auf allen Ebenen intensive Überzeugungsarbeit geleistet. „Wir stehen jetzt kurz davor, dass auch Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, die sich nicht in einer Vollstreckungshandlung befinden, im Strafrecht Einzug finden. Dies ist der GdP besonders wichtig, weil es sich bei diesen oft aus dem Nichts auf unsere Kolleginnen und Kollegen hereinbrechenden Attacken um Angriffe auf Repräsentanten des Staates handelt“ betonte Malchow.

### Langer Atem für ein gutes Ziel

Der GdP-Bundesvorsitzende begrüßte ausdrücklich die generelle Absicht des Bundesjustizministers,

Gewalttaten gegenüber der Polizei härter zu bestrafen. Das Gesetz zur „Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ mache deutlich, dass künftig Polizistinnen und Polizisten während jeder Diensthandlung unter besonderem Schutz stünden. Es sei erfreulich, so Malchow, dass das Engagement vieler seiner Kolleginnen und Kollegen jetzt Früchte trägt. Es lohne sich, für ein gutes Ziel langen Atem zu beweisen: „Für unsere Kolleginnen und Kollegen kann es nicht schnell genug gehen, bis das Gesetz unterschrieben ist.“

Nach den letzten vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Zahlen zur Gewalt gegen Polizei wurden 2015 täglich 52 Beamte Opfer von Körperverletzungsdelikten.



**Der Rechtsausschuss des Bundestages unter Vorsitz von Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), vor Beginn der Sitzung zum Thema „Schutzparagraf“. Als GdP-Vertreter unter den geladenen Experten dabei: Sascha Braun, Leiter der Abteilung Rechts- und Kriminalpolitik der GdP-Bundesgeschäftsstelle.**

**Foto: Zielasko**







## Experten teils uneins

Naturgemäß spiegelte sich in der Anhörung Meinungsvielfalt wider. Für GdP-Rechtsexperte Sascha Braun sei das, was jetzt auf dem Tisch liege, langjährige Forderung seiner Organisation, da – wissenschaftlich belegt – eine Zunahme der Übergriffe auf Polizeikräfte festzustellen wäre. „Die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße nehmen sehr intensiv wahr, dass sich die Politik ihnen jetzt zuwendet“, betonte er. Noch bestehe der Eindruck, dass Anzeigen von Polizisten im Flaschenhals der Justiz stecken blieben. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Mindeststrafe von drei Monaten lasse hoffen, dass es künftig zur Verhandlung komme.

Auf ein aus ihrer Sicht neues Phänomen verwies die Wuppertaler Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher. Zunehmend würden Polizisten während Amtshandlungen ständig gefilmt,

verbunden mit der Drohung, die Aufnahmen ins Netz zu stellen. Sie schlug vor, auch das Filmen als Widerstandshandlung ins Gesetz aufzunehmen. Den sogenannten Schutzparagrafen bezeichnete sie als „Ausdruck von Respekt und Wertschätzung“ gegenüber den Einsatzkräften.

Strafrichter Ruben Franzen als Vertreter der Neuen Richter Vereinigung e. V. zeigte sich dagegen weniger angetan. Von der geplanten Sonderstellung von Polizisten könne unter geänderten politischen Konstellationen eine Gefahr für den Rechtsstaat ausgehen, mahnte er. Da Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte meist von alkoholisierten oder „hoch emotionalisierten“ Menschen ausgingen, bezweifle er zudem die Wirksamkeit der Neuregelung. Eine höhere Strafandrohung würde diese Täter nicht aufzuhalten, trage sogar eher zu einer Eskalation bei.

mzo

## Brandanschlag auf GdP-Bus eine „feige Tat“

**Auf ein Fahrzeug des Hamburger Landesbezirks der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist Mitte März in der Hansestadt ein Brandanschlag verübt worden. Der Kleinbus der Kolleginnen und Kollegen wurde dabei zerstört. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sowie GdP-Landeschef Gerhard Kirsch verurteilten die Tat „auf Schärfste“. Dies sei eine „feige Tat“ gewesen. Auch ein Fahrzeug der Hamburger Polizei wurde in Brand gesetzt.**

Erste Mutmaßungen über einen politisch motivierten Hintergrund bestätigten sich rasch. Wie das „Hamburger Abendblatt“ berichtete, hatte sich eine Gruppierung namens „FfdP“ auf einer häufig von linksextremistischen Grup-

Anzeige

# Münchner Cyber Dialog

29. Juni 2017, München

### GESTALTETER WANDEL ODER ADMINISTRIRTES CHAOS?

Die sichere digitale Transformation in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ist entscheidend für die Zukunft des Standortes Deutschland.

Gleichzeitig mangelt es oft an entsprechenden, zukunftsorientierten Digitalisierungsstrategien. Seien Sie dabei und diskutieren Sie mit, wenn sich hochrangige Vertreter aus Politik und Verwaltung, der Industrie und IT-Unternehmen zum Münchner Cyber Dialog 2017 treffen.

#### REFERENTEN AUF DEM KONGRESS u.a.



**Staatsminister Dr. Marcel Huber**  
MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben



**Peter Batt**  
Abteilungsleiter Informatik, Digitale Gesellschaft und Cybersicherheit; IT-Direktor, Bundesministerium des Innern



**Univ.-Prof. Dr. Gabi Dreö Rodosek**  
Direktorin des Forschungszentrums CODE, Universität der Bundeswehr München



**Carsten Heitmann**  
Vice President IT-Security Governance, Robert Bosch GmbH

[www.muenchner-cyber-dialog.de](http://www.muenchner-cyber-dialog.de)

Veranstalter: **Behörden Spiegel**

Partner: **Symantec** | **BDI** | **bitkom** |





pen genutzten Online-Plattform in einem dort veröffentlichten Schreiben mit der Überschrift „In Hamburg sagt man tschüss – auch zu Bullenkarren“ zu den Brandanschlägen bekannt. Die Polizei stufte den Bekennerbrief als authentisch ein.

## Gewalt die Stirn bieten

Kirsch betonte: „Das Zerstören des GdP-Fahrzeugs, mit dem wir viele Tage und Stunden bei so vielen Gelegenheiten bei den Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich vor Ort waren, hat uns sehr betroffen gemacht.“ Gleichzeitig äußerte der GdP-Landeschef die Entschlossenheit, „denen die Stirn zu bieten, die durch kriminelle Gewaltausübung das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft vernichten wollen“. Die Gewerkschaft der Polizei werde sich niemals von kriminellen Gewalttätern einschüchtern lassen.

Malchow bekräftigte, dass trotz dieser Straftat die GdP das große Engage-



**Totalschaden nach linksextremistischen Brandanschlag.**

**Foto: Jörn Clasen**

ment für die Kolleginnen und Kollegen konsequent fortsetzen werde. Rund eine Woche später fielen erneut acht Hamburger Polizeifahrzeuge Brandanschlägen zum Opfer. Auch hier war ein Bekennerschreiben von linksextremistischen G20-Gipfel-Gegnern aufgetaucht.

Das G20-Treffen der Regierungs-

chefs der größten Industrienationen und Schwellenländer findet am 7. und 8. Juli in der Hansestadt statt.

Neben einem Großaufgebot von Polizeikräften aus dem ganzen Bundesgebiet wird auch die GdP mit einem groß angelegten Betreuungseinsatz vor Ort sein.

**mzo**

## Transparenzbericht „Innere Sicherheit“ gefordert

**Aktuelle Sachstände zu den Themen „Distanzelektroimpulsgerät“ und den Pilotversuchen in Berlin, Hessen sowie Rheinland-Pfalz, der Konfiguration von Funkstreifenwagen und noch offene Aufträge des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes beschäftigten Mitte März der Bundesfachausschuss Schutzpolizei (BFA Schupo) auf seiner zweitägigen Sitzung in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.**

Umfassend erörtert wurden die operativen Stärken der Polizei mit Schwerpunkt Wach- und Wechselschichtdienst (WSD) der Schutz- (S) und Kriminalpolizei (K) und gemeinsam mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, der den Kolleginnen und Kollegen zudem einen gewerkschaftspolitischen Lagebericht vortrug, analysiert. Mit Verwunderung und Bedauern wurde einmütig festgestellt, dass in keinem Land den Bürgern darüber Klarheit verschafft werde, wie schwach es um die tat-



**GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen des Bundesfachausschusses Schutzpolizei unter Leitung des BFA-Schupo-Vorsitzenden Björn Neureuter (m.)**

**Foto: Zielasko**

sächliche operative Stärke der WSD S und K bestellt sei. Haben die Länder, so der BFA Schupo, doch jeweils Instrumente geschaffen (Informationsfreiheitsgesetze), mit denen auch das Handeln der Polizeien transparenter werden soll. Wünschenswert wäre, wenn sich diese Transparenz auch auf die Bereiche erstreckten, die den Bürgern besonders am Herzen lägen. Die GdP-Schupo-Expertinnen und -Experten schlugen daraufhin einen

„Transparenzbericht Innere Sicherheit“ vor, aus dem auch verlässliche Größen hervorgehen sollen, die eine Aussage darüber zulassen, ob sich die unmittelbare Serviceleistung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verbessert oder verschlechtert. Aktuell sei es noch so, dass sich die Innenministerien und -senate zu sehr hinter Einstellungszahlen oder denen zum Gesamtpersonalkörper versteckten.

**Björn Neureuter**





## Themenvielfalt zwischen Salz- und Süßwasser

**Auch die Wasserschutzexpertinnen und -experten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) trafen sich im März zu einer Bundesfachausschusssitzung (BFA WaPo) in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Erörtert wurden Positionspapiere zu den maritim-polizeilichen Aufgaben im Mittelmeer wie zur Wasserschutzpolizei generell.**



**Ein kleines Dankeschön an ein langjähriges Mitglied im GdP-Gremium der GdP-Wasserschutzpolizei-Experten: Kollege Siegfried Günther aus Sachsen-Anhalt (m.) mit dem BFA-WaPo-Vorsitzenden Dierk Stahl (l.) und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. Foto: Zielasko**

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow nutzte die Stippvisite beim BFA WaPo neben einem gewerkschaftspolitischen Bericht auch gerne zum verdienten Dank an den sachsen-anhalter GdP-Kollegen Siegfried Günther, der nach langjähriger Tätigkeit in diesem Gremium seine letzte BFA-Sitzung vor der Pensionierung absolvierte.

Nach der Gratulationskur wendeten sich die Kolleginnen und Kollegen zu Wasser der weiteren Aufarbeitung noch nicht zu den Akten gelegter Beschlüsse des 25. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses zu, so der Ausstattung aller Wasserschutzbediensteten des Bundes und der Länder mit einer sogenannten 1. Uniform-Garnitur und einer Präzisierung beim AIS – Automatic Identification System, einem automatischen Schiffsidentifizierungssystem. Die GdP solle, so der Beschluss, darauf hinwirken, dass die Verpflichtung der ständigen Datensendung von Polizeieinrichtungen (Polizeiboote) gemäß Beschluss der ZKR (Zentralkommission für die Rheinschifffahrt) vom 5. Dezember 2013 wieder verworfen werde. **mzo**



**Zwar auf dem Trockenen, jedoch mit großer Thementonnage: der GdP-Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei.**

**Foto: Zielasko**

## GdP-Rechtsexpertinnen und -experten nehmen soziale Netzwerke unter die fachliche Lupe

**Das Thema „Facebook, öffentliche und dienstliche Berichterstattung sowie Nutzung von dienstlichen Mailkonten“ erörterten die Rechtsexperten der GdP-Bezirke und -Landesbezirke Mitte März in den Räumlichkeiten der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Der**

**Berliner Fachanwalt Dr. Cornelius Renner machte in seinem Vortrag deutlich, welche Gefahren bei der Nutzung von sozialen Netzwerken oder dienstlichen Mailkonten bestehen, und wie man rechtlich gegen Falschbehauptungen, Beleidigungen und „Hassmails“ vorgehen könne.**

Anhand der aufgeworfenen Fragestellungen wie „Was sind Meinungsäußerungen?“, „Was ist Schmähkritik?“, „Wie sind Interpretationen zu werten?“ oder „Was sind Tatsachenbehauptungen?“ entwickelte sich ein breiter und reger Diskussionsbedarf. Der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Rechtspolitik und





**Persönlichkeitsrechtsschutz in sozialen Medien: Komplizierte Materie auf der Tagesordnung der GdP-Rechtsexpertinnen und -experten.**

Foto: Zielasko

Rechtsschutz verantwortliche Dietmar Schilff betonte: „Von solchen Themenbereichen werden jede und jeder einzelne Polizeibeschäftigte sowie auch die Personalräte tangiert.“

Bei einer Rechtssekretärstagung Ende 2016 war deutlich geworden, dass ein großes Schulungsbedürfnis im Bereich „Rechtsverfolgung und Soziale Medien“ bestehe. Informiert werden sollte insbesondere über die Aspekte des Persönlichkeitsrechtsschutzes beziehungsweise des Rechts am eigenen Bild von Polizeivollzugsbeamten innerhalb und außerhalb der Dienstverrichtung, wie beispielsweise gegen ein Unternehmen wie „Facebook“ und/oder einen „Facebook-User“ rechtlich vorgegangen werden könne und, ob und wenn ja, in welcher Höhe Schmerzensgeldforderungen durchgesetzt werden können.

P. S. Auch der Chronist dieses Beitrags erhielt noch eine kleine Nachhilfe im Umgang mit online gestellten Fotos. Nachdem dieser Beitrag in ähn-

licher Form den Sprung auf die GdP-Homepage geschafft hatte, meldete sich Referent Renner mit der Bitte, ein Foto, das einen Teil seines Vortrags

zeigte, nachträglich zu bearbeiten. Eine dort erkennbare Person müsse noch „verpixelt“ werden. **mzo**

## AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN

„Als Polizist war Wolfgang Gunkel ein nicht immer einfacher Gesprächspartner. Doch der Dialog lebte von seiner Kompetenz“, sagte der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek, der die politische Arbeit des Abgeordneten im Namen seiner Organisation würdigte.

Bei einem Frühjahrsempfang wurde Gunkel für sein langjähriges Wirken im Bundestagsinnenausschuss geehrt.

Der in diesem Monat 70 Jahre alt werdende Parlamentarier tritt zur Bundestagswahl im September nicht mehr an. **red**



Foto: privat



# Jetzt psychische Belastungen senken!

Von Frank Fubel, KHK, Gesundheitsmanager und Supervisor

**Polizeibeamte kommen dienstlich in der Regel dann mit den Mitmenschen, ihren „Kunden“, in Kontakt, wenn diese gegen Gesetze verstoßen, ihnen ein Unglück zugestoßen ist oder sie Opfer von Straftaten werden oder anderweitig Hilfe benötigen. Daraus resultiert zum einen ein großes Konfliktpotenzial, zum anderen eine hohe emotionale Belastung, wenn die Einsätze im „Grenzbereich“ (zum Beispiel Tod, Gewalt, Unfälle) stattfinden. Diese Belastungen sind allgemein auch von der Politik anerkannt, waren aber in der Vergangenheit bezüglich der Menge, Intensität und ihrer Belastungsfolgen nicht zu beziffern und daher auch immer ein weiches Argument gewerkschaftlicher Argumentation. „Wenn du das als Polizist nicht abkannst, dann hast du den falschen Job!“ lautet das Selbstbild vieler Polizisten und Polizistinnen.**

Die Erhebung des DGB-Index Gute Arbeit zeigt, dass Polizeibeamte deutlich häufiger Konflikte und Respektlosigkeit erleben als andere Beschäftigte. Daher stellt sich die Frage, ob Polizisten einen besonderen Schutz

brauchen, um ihre Arbeitszufriedenheit und Gesundheit zu erhalten? Dazu sind seit der Jahrtausendwende in Deutschland verschiedene wissenschaftliche Studien durchgeführt worden.

Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit bestätigen das Empfinden vieler Polizisten in Deutschland (siehe Artikel Seite 22). Mittlerweile liegen auch andere wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse vor, die bestätigen, dass der Polizeiberuf eine extreme psychische Belastung darstellen kann.

## Gewalt gegen Polizeibeamte

2013 führte die Universität Kiel im Auftrag des nordrhein-westfälischen Innenministeriums die Studie: „Gewalt gegen Polizeibeamte“ durch. Gegenstand dieser Untersuchung war das Konflikterleben von Polizeibeamten, wobei das Spektrum der erfassten Angriffe vom Schuss auf Polizisten bis zur

Anzeige



# Sozialwahl 2017 Mitbestimmen! DGB wählen!

Die Sozialwahl bildet das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung. Alle sechs Jahre entscheiden die Versicherten wer Ihre Interessen in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege, Unfall- und Rentenversicherung vertritt.

**Deshalb DGB wählen:**

**Für eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung  
Für eine gute und sichere Rente  
Für umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz**

Wählen Sie bequem per Post. Alle Versicherten ab 16 Jahren bekommen einen Wahlbrief zugeschickt, wenn bei ihrer Sozialversicherung mehrere konkurrierende Listen antreten.

**Jetzt heißt es: Wählen und mitbestimmen!**

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017

DGB

[dgb.de/sozialwahl](http://dgb.de/sozialwahl)



Beleidigung reichte. Unter anderem wurde bei den nicht tätlichen Angriffen bezüglich der einzelnen Handlungen die individuelle psychische Belastung festgestellt. Von den 18.356 befragten Polizeibeamten, die im Dienst Bürgerkontakt hatten, gaben 80 Prozent an, im Jahr 2011 einen nicht tätlichen Angriff oder mehrere Angriffe erlebt zu haben. Allein in NRW hatten im Bezugsjahr 7.953 Kollegen mindestens einen tätlichen Angriff erlebt. Die Studie verdeutlicht noch einmal, dass es sich bei den im DGB-Index Gute Arbeit genannten „Konflikten“ im Einsatzgeschehen in der Regel nicht um „Meinungsverschiedenheiten“ handelt, sondern dass hier die körperliche und psychische Integrität betroffen ist. Und auch die nicht tätlichen Angriffe werden als belastend empfunden, wie die Studie herausgefunden hat.

## Wilhelms-Universität Münster: „Psychosoziale Belastungen“

Neben den gegen sie gerichteten aggressiven Handlungen haben Polizeibeamte aufgabenbedingt auch immer wieder Kontakt mit Menschen in extremen Lebenslagen.

„Ich hingegen war froh, dass ich mich meinem Umfeld anvertrauen konnte. Ich stürzte in kein Loch, wie es so manchem Kollegen vor mir passiert war“, berichtet Julian Möller, Polizeikommissar aus Bremen, in DEUTSCHE POLIZEI (2/17). In dem Artikel: „Aus dem Leben gerissen“ beschreibt er im Rückblick seine Gefühle, nachdem er im Streifendienst über mehrere Tage ein Familiendrama begleitet hatte, das mit dem Suizid der Tochter endete. Dies löste beim Kollegen Möller Fragen nach seiner Rolle als Polizist aus. „Alles, was in meiner Macht stand, hatte ich in die Wege geleitet. Ich hätte für den Vater gerne so viel mehr getan, wäre gerne so viel länger für ihn dagewesen. Doch zumindest konnte ich für kurze Zeit ihm in den vermutlich schwersten Stunden seines Lebens beistehen, ihm zuhören, eine Hilfe sein.“

Für viele Polizeibeamte sind solche Situationen, in denen sie Menschen in Grenzbereichen erleben und begleiten, belastend, und sie benötigen gute Strategien und ein konstruktives Umfeld, um diese Erlebnisse zu verarbeiten. Wertschätzende Strukturen, professionelle Gesprächsange-

bote sowie die eigene Bereitschaft, diese Belastungen zu thematisieren sind Ressourcen, die vermutlich auch dem Kollegen Möller geholfen haben.

Neben der Bedrohung des eigenen Lebens und der Gesundheit sind es vor allem der Tod und die Verletzung von Kollegen und der Umgang mit Kindern als Opfer, die für Polizisten und Polizistinnen eine psychische Belastung darstellen. Die empfundene Belastung ist sehr individuell und die Liste der möglichen Extrembelastungen sehr umfangreich.

Die „Psychosoziale Belastung und Belastungsverarbeitung von Polizeibeamten“ wurde durch die Westfälische Wilhelms-Universität Münster untersucht. Hierbei wurden 327 Polizeibeamte zu 90 Situationen und der daraus resultierenden Belastungsstärke befragt. Sie konnten Belastungen von 1= „gar nicht“ bis 5 = „sehr stark“ wählen. Dabei ergaben sich hinsichtlich des Durchschnitts der Belastungsstärken diese TOP 15:

	Belastungsgruppe	Item	Mittelwert
1	Umgang mit Opfern	Suizid eines gut bekannten Kollegen	4,5
2	Umgang mit Opfern	Schwere Verletzung eines gut bekannten Kollegen	4,3
3	Anwenden, Erleben von Gewalt	Vorbereiten von Schusswaffengebrauch	4,2
4	Anwenden, Erleben von Gewalt	Gefährdung des eigenen Lebens	4,2
5	Umgang mit Opfern	Erleben der Verletzung eines Kindes	4,0
6	Umgang mit Opfern	Umgang mit misshandeltem Kind	3,9
7	Anwenden, Erleben von Gewalt	Körperlich angegriffen werden	3,8
8	Anwenden, Erleben von Gewalt	Körperliche Gewalt gegen Personen anwenden	3,6
9	Umgang mit Opfern	Erleben, wie ein Mensch starke Schmerzen leidet	3,6
10	Organisation	Widersprüchliches Verhalten von Vorgesetzten	3,5
11	Anwenden, Erleben von Gewalt	Eigene körperliche Verletzung im Dienst	3,4
12	Organisation	Konflikte mit Vorgesetzten	3,4
13	Organisation	Konflikte mit Kollegen	3,3
14	Konfrontation Personen	Umgang mit möglicherweise HIV infizierten Pers...	3,3
15	Organisation	Fehlende Anerkennung für Leistung	3,2

**Ermittelte Belastungsstärken**

**Quelle: Uni Münster, Frank Fubel**

Die Häufigkeit von Konflikten und die Intensität der daraus resultierenden Belastungen macht klar, dass Polizisten in der Summe dauerhaft hohen Belastungsstärken ausgesetzt sind. Erschreckend ist, dass „Widersprüchliches Verhalten von Vorgesetzten“ und „Konflikte mit Vorgesetzten“ von den Kollegen als belastender empfunden werden, als die „eigene körperliche Verletzung im Dienst“. Vorgesetztenverhalten belastet stärker als eine blutende Nase im Rahmen eines Einsatzes!

## Emotionsarbeit

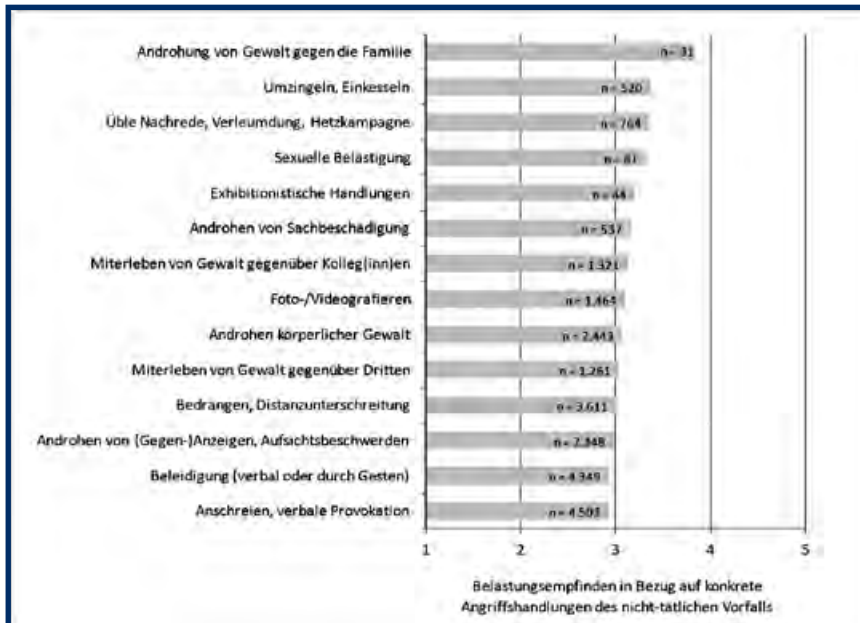
Die aus den belastenden Situationen entstehenden Gefühle dürfen in der Rolle als Polizist nur selten ausgelebt werden. Es ist nicht professionell und auch nicht zielführend, wenn man mit den Opfern weint, auch wenn man sich in der „Freund- und Helfer-Rolle“ gerade selber schwach fühlt. Hier muss Emotionsarbeit geleistet werden, wie in den Arbeits- und Gesundheitswissenschaften die Unterdrückung und Kontrolle der Gefühle bezeichnet wird. In den meisten Fällen gelingt es uns, in unserer Rolle als Polizist, auch unsere „Folgegefühle“ (Trauer, Mitleid, Enttäuschung, Wut, Aggression, et cetera) zu unterdrücken. Dies tun wir auch, um trotz einer emotionalen Überforderung eine vermeintlich erforderliche Neutralität einzunehmen, um professionell zu handeln. Und bei Konflikten mit Vorgesetzten und deren widersprüchlichem Verhalten dürfen wir unseren Ärger auch nur

begrenzt zeigen und müssen unsere Meinung häufig für uns behalten. Emotionsarbeit führt zur emotionalen Erschöpfung. Das ist das Ergebnis des Projekts „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt, Emotionsarbeit“, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA).

Dadurch wird die Arbeitszufriedenheit beeinträchtigt und auch das empfundene Mitgefühl weniger. Insgesamt bedeutet Emotionsarbeit zusätzlichen

Fortsetzung auf Seite 21





**Belastungsempfinden in Bezug auf den nicht-tätlichen Angriff getrennt nach Angriffshandlungen: Mittelwerte einer fünfstufigen Skala (1= „Angriff war gar nicht belastend“ bis 5= „Angriff war sehr belastend“). Bewertung jeweils durch die PVB, die (u. a.) die jeweilige Angriffsart berichtet und eine Angabe zum Belastungsempfinden gemacht haben (=n, Mehrfachnennungen möglich).**  
**Quelle: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2013, NRW Studie: Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte**

Stress, der sich auch körperlich abbildet. Der DGB-Index Gute Arbeit fand heraus, dass 67 Prozent aller Polizisten sehr häufig oder oft Gefühle unterdrücken müssen, während das im Durchschnitt nur 30 Prozent aller Beschäftigten tun müssen. Somit ist neben dem gehäuften Erleben von stark belastenden Situationen die notwendig folgende Emotionsarbeit ein weiterer Belastungsfaktor.

Der DGB stellt in seiner Sonderauswertung ebenso wie die Bundesanstalt fest, dass diese emotionalen Anforderungen psychische Belastungen darstellen. Diese haben erhöhte gesundheitliche Risiken zur Folge und tragen somit neben Schichtarbeit, Überstunden und langen Diensten dazu bei, dass Polizisten bei Ermangelung dienstlicher und persönlicher funktionaler Bewältigungsstrategien erkranken. Insbesondere die Summe der Belastungen wird zum Gesundheitsrisiko. Wie bei Profifußballern muss man nach „englischen Wochen für die Psyche“ für ausreichend Entlastung sorgen und unnötige Belastungen durch innerdienstliche Bedingungen und ungünstiges Führungsverhalten dringend vermeiden.

## Ausblick

Diese Forderung wird seit 2013 auch im Arbeitsschutzgesetz abgebildet, nachdem in den letzten 20 Jahren immer mehr Menschen aufgrund der psychischen Belastungen lange krank waren. Durch den Arbeitgeber sind diese Belastungen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung Paragraf 5 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) zu ermitteln und so weit wie möglich zu reduzieren.

### Die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen

Laut Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) bezeichnet eine Gefährdung „im Unterschied zur Gefahr die Möglichkeit eines Schadens oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung ohne bestimmte Anforderungen an ihr Ausmaß oder ihre Eintrittswahrscheinlichkeit“. Und zur Gefährdungsbeurteilung führt das BAG aus: „Paragraf

5 ArbSchG dient nicht in erster Linie dazu, unmittelbare Gesundheitsgefahren zu verhüten. Durch die Gefährdungsbeurteilung werden vielmehr im Vorfeld Gefährdungen ermittelt, denen gegebenenfalls durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen ist.“ Also nicht handeln, wenn etwas passiert ist, sondern handeln, bevor etwas passiert.

Die Innenminister und Behördenleiter sind aus dem Arbeitsschutzgesetz heraus also unmittelbar verpflichtet, Maßnahmen zur Belastungsbeseitigung und -reduktion zu treffen. Dies gilt insbesondere derzeit, wo der aufgrund der Sicherheitslage entstehende Arbeitsanfall mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen ist und Dienstherren versuchen, Belastungen in Form von Überstunden durch Mehrarbeitsvergütung zu kompensieren, statt sie zu entlasten.

## Psychische Belastungen verhindern

Das Arbeitsschutzgesetz fordert Maßnahmen nach Auslegung des BAG bereits dann, wenn Gesundheitsgefahren entstehen könnten, unabhängig von der Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schwere. „Im Arbeitsschutz, bei dem es um Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer



Foto: Frank Fubel

geht, genügt ein geringeres Maß an Wahrscheinlichkeit als bei einer Gefahr für Sachgüter“, heißt es.

Die Personalvertretungen im Bereich der Polizei sind aufgefördert, im Rahmen ihrer Mitwirkungsrechte im Arbeitsschutz den Gesundheitsschutz und die Arbeitszufriedenheit der Kollegen durch die Verminderung der psychischen Belastungen zu verbessern. Dies kann durch den Gefährdungsbeurteilungsprozess psychischer Belastungen gelingen, der gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.



# Hohe emotionale Anforderungen für Polizistinnen und Polizisten

## Ergebnisse der Befragung zum DGB-Index Gute Arbeit

Von Rolf Schmucker, Leiter des Instituts DGB-Index Gute Arbeit, und Mitarbeiter André Heinz

**Der berufliche Alltag von Polizeibeamten ist geprägt durch Kontakte mit anderen Menschen. Das geschieht berufsbedingt in sehr unterschiedlichen Situationen. Dabei werden an die Kolleginnen und Kollegen hohe emotionale Anforderungen gestellt. Das zeigen die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung zum DGB-Index Gute Arbeit für den Zeitraum von 2012 bis 2016.**

In der bundesweit repräsentativen Umfrage wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter anderem danach gefragt, wie oft es bei der Ausübung ihrer Arbeit zu Konflikten oder Streitigkeiten mit Kunden oder Klienten kommt. Von den befragten

Polizeibeamten, die ganz überwiegend im Polizeivollzugsdienst tätig waren, gab deutlich mehr als die Hälfte an, dass Konflikte mit Klienten zu ihrem Arbeitsalltag gehören. Damit liegen sie deutlich über dem Durchschnitt aller Beschäftigten, von denen 13 Prozent

sehr häufig oder oft Konflikte erleben. Insgesamt wird im Öffentlichen Dienst überdurchschnittlich häufig von Konfliktsituationen berichtet. Der Polizeiberuf nimmt dabei jedoch nochmal eine Spitzenposition ein (siehe Seite 23 Abb. 1)

Zum beruflichen Selbstverständnis von Polizistinnen und Polizisten gehört der professionelle Umgang mit Konfliktsituationen. Das beinhaltet unter anderem die Anforderung, die eigenen Gefühle nicht immer zeigen zu dürfen. Diese spezifische emotionale Belastung, die auch als Emotionsarbeit

Anzeige

## STREAMLIGHT® USB. OHNE WARTEZEITEN.



### STREAMLIGHT® USB. JEDERZEIT UND ÜBERALL LADEN.

Es gibt immer eine Aufgabe, die erledigt werden muss. Deshalb brauchen Sie eine Beleuchtungslösung, die stets einsatzbereit ist. Für diese Anforderungen stellen wir eine Vielzahl an USB-wiederaufladbaren Handlampen und Freihand-Beleuchtungslösungen mit verschiedenen Lichtkegeln und Lichtströmen für verschiedene Aufgaben her. Damit Ihr Licht immer und überall einsatzbereit ist, wo Sie arbeiten. [STREAMLIGHT.COM](http://STREAMLIGHT.COM)

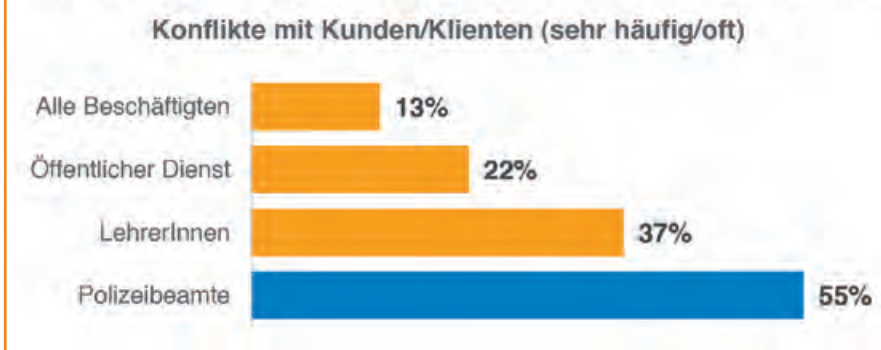


©2017 STREAMLIGHT, INC.





**Abb. 1: Häufigkeit von Konflikten mit Kunden/Klienten im Vergleich**



Quellen (2): DGB-Index Gute Arbeit kompakt 01/2017

bezeichnet wird, tritt im Polizeiberuf ebenfalls deutlich häufiger auf als im Durchschnitt der anderen Berufsgruppen. Zwei Drittel (67 Prozent) aller Polizeibeamten müssen ihre Gefühle (sehr) häufig verbergen. Im Gesamtdurchschnitt geben dies 30 Prozent aller Beschäftigten an.

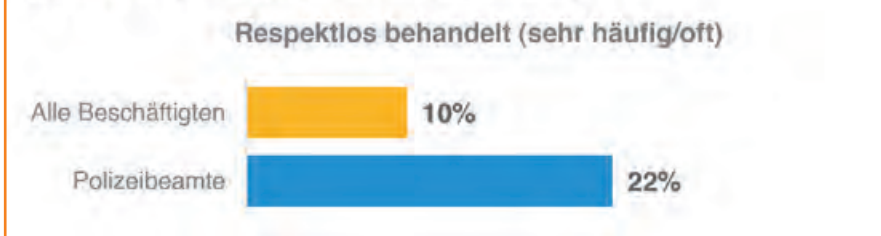
Emotionsarbeit ist dann besonders herausfordernd, wenn sie auf eine respektlose oder herablassende Behandlung durch andere Menschen reagieren muss. Solche Situationen stehen im deutlichen Widerspruch zu dem weit verbreiteten Wunsch nach Wertschätzung der eigenen Tätigkeit. Eine respektlose Behandlung im Beruf bedeutet für die Betroffenen häufig eine starke psychische Belastung. Auch in diesem Punkt sind Polizistinnen und Polizisten deutlich häufiger betroffen als der Durchschnitt aller Beschäftigten. Nahezu jede/r vierte Polizist/in (22 Prozent) berichtet davon, sehr häufig oder oft respektlos behandelt zu werden. Von allen Beschäftigten trifft dies auf jede/n Zehnten zu (siehe Abb. 2).

rungen führen für die Betroffenen zu erhöhten gesundheitlichen Risiken. Hohe emotionale Belastungen stehen in Zusammenhang mit einer verringerten Arbeitszufriedenheit, häufigeren Erschöpfungszuständen (Merkmal von Burn-out) und weiteren psychischen Beeinträchtigungen.

Um diese Gesundheitsrisiken für Polizistinnen und Polizisten zu verringern, muss den emotionalen Belastungen des Berufs besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ein wichtiges Instrument des Gesundheitsschutzes ist die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung, mit der solche Risiken identifiziert und präventive Maßnahmen entwickelt werden können. Eine ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung, die auch die beschriebenen emotionalen Anforderungen berücksichtigt, wird jedoch in viel zu wenigen Betrieben und Dienststellen durchgeführt.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Arbeitsgestaltung ist zudem eine ausreichende Personalausstattung,

**Abb. 2: Häufigkeit respektloser Behandlung**



Dass es sich hier nicht um nebensächliche Tätigkeitsmerkmale handelt wird deutlich, wenn man die Erkenntnisse der arbeitsmedizinischen Forschung hinzuzieht. Arbeitsbedingte Konflikte und emotionale Anforder-

die einer Überlastung der Beschäftigten vorbeugt, sowie angemessene Erholungs- und Pausenzeiten ermöglicht. Darüber hinaus braucht eine gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung passende Qualifizierungsmöglichkeiten

zum Umgang mit emotional belastenden Situationen sowie Angebote der psychosozialen Unterstützung (zum Beispiel Trauma-Prävention, Supervision) und des kollegialen Erfahrungsaustauschs. Berücksichtigt man diese spezifischen Anforderungen, ist „Gute Arbeit“ auch für Polizistinnen und Polizisten gestaltbar.

*Ergebnisse zur emotionalen Belastung im Polizeiberuf finden sich in der Ausgabe 1/2017 von „DGB-Index Gute Arbeit kompakt“. Die Online-Publikation kann auf der Seite [www.dgb-index-gute-arbeit.de](http://www.dgb-index-gute-arbeit.de) heruntergeladen werden.*



Anzeige

**Zu vermieten:** Doppelhaushälfte, Bonn-Ückesdorf, 1965, 5 Zimmer, Parkettböden, 2 Buchentreppen, teil-schallsoliert, renoviert, Garage, Garten.  
Chiffre: DP 985939-001

## Versorgungsausgleich

Rechtsberatung und Vertretung in Versorgungsausgleichssachen

Schwerpunkt: Neubewertung des Versorgungsausgleichs wegen Tod des Expartners – auch nach langjährigem Rentenbezug

**RB Rudi F. Werling**

Kanzlei: Güterstr. 9 \* 75177 Pforzheim  
Tel. 07231-32871

E-Mail: [info@va-kanzlei.de](mailto:info@va-kanzlei.de)  
Internet: [www.va-kanzlei.de](http://www.va-kanzlei.de)



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)



# KRIMINOLOGIE

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Ines Zeitner**.



3. Auflage 2016

**Umfang:** 392 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0771-0

**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Dieses Fachbuch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie, die für die Fachhochschulausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorgesehen sind. Aufbau und Gliederung des Werks sind eng an die Lehrpläne angelehnt, wie sie bundesweit eingesetzt werden.

Der erste Teil des Buches bietet zunächst einen Überblick über wesentliche Grundlagen der Kriminologie und stellt dabei insbesondere die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogener Kriminologie in den Mittelpunkt. Eine Einführung in die Bedeutung und Methodik kriminologisch-kriminalistischer Kriminalitätsanalysen leitet den zweiten Teil des Buches ein, der in Deliktsanalysen systematisch zahlreiche Einzeldelikte in der in Lehre und Praxis angewendeten schematisierten Form darstellt.

Für diese Neuauflage wurde der Inhalt des Buches von den Autoren überarbeitet und aktualisiert sowie die Systematik der Deliktsanalyse neben der „Phänomenologie“ und „Ätiologie“ um den Gliederungspunkt „Kriminalitätskontrolle“ erweitert. Fallrepetitorien erleichtern dem Leser den Transfer von der Theorie zur Praxis und bilden damit eine wertvolle Hilfestellung für die Prüfungsvorbereitung.



## DIE AUTOREN

**Horst Clages**, Leitender Kriminaldirektor a.D. und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

**Ines Zeitner**, Kriminaloberrätin, Dozentin für Kriminalwissenschaften und Berufsreflexion an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Deutsche Polizei hilft beim Aufbau von Sicherheitsbehörden und Grenzschutz in Krisenstaaten

**Seit 1989 nehmen deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Bundes an friedenssichernden und friedenserhaltenden Einsätzen zwischen- und überstaatlicher Mandatsgeber in Krisengebieten der Welt teil. Seit 1994 beteiligen sich hieran auch Kolleginnen und Kollegen der Polizeien der Länder und der Bundeszollverwaltung. Die Steuerung und Koordinierung des Einsatzes deutscher Polizistinnen und Polizisten in mandatierten Friedensmissionen und dem bilateralen German Police Project Team in Afghanistan erfolgt seitdem durch die Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen (AG IPM) der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK).**

**Für den Bund nimmt diese wichtige Aufgabe das Bundesinnenministerium war, wo im Referat B4 auch die Geschäftsstelle der Bund-Länder AG IPM eingerichtet ist. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit dem Leiter und dem stellvertretenden Leiter der Geschäftsstelle der AG IPM, Ministerialrat Dr. Christoph Ehrentraut und Polizeidirektor Markus Bierschenk.**

**DP: Dr. Ehrentraut, wer sind die Mandatgeber für die internationalen Missionen, und in welchen Ländern kommen deutsche Polizistinnen und Polizisten zurzeit schwerpunktmäßig zum Einsatz?**

**Dr. Christoph Ehrentraut:** Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich mit rund 200 Beamtinnen und Beamten der Polizeien des Bundes, der Länder und des Zolls in 6 Friedensmissionen der Vereinten Nationen (VN), 9 EU-Missionen, eine OSZE-Mission und dem bilateralen „German Police Project Team“ (GPPT) in Afghanistan. Die Schwerpunkte liegen hierbei in Mali/Niger, Afghanistan und der Ukraine. Ein weiterer Schwerpunkt zeichnet sich möglicherweise in Libyen ab.

**DP: Welche grundsätzliche Bedeutung hat der Einsatz von deutschen Beamten in internationalen Friedensmissionen?**

**Dr. Ehrentraut:** Ziel der Missionen ist es, einen Beitrag zum Aufbau örtlicher Verwaltungsstrukturen zu leisten. Dabei kommt dem Aufbau der Sicherheitsbehörden und des Grenzschutzes in Krisenstaaten eine besondere Bedeutung zu, um Fluchtursachen bereits dort bekämpfen zu können, wo sie entstehen.

Friedensmissionen in Konfliktgebieten sind ein zentrales Instrument von UN und EU. Sie tragen dazu bei, dass Flucht und Migration nach Deutschland und Europa nach-

haltig reduziert werden und Menschen sich nicht auf die lebensgefährliche Reise durch die Wüste und über das

Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen, zum Beispiel der Entwicklungshilfe, der Spirale von Leid und Elend entgegen.

**DP: Wie profitieren die Dienstherrn und die Entsendebehörden vom Einsatz ihrer Polizistinnen und Polizisten in den Missionen?**

**Dr. Ehrentraut:** Natürlich fehlt uns auch zu Hause jede Kollegin und jeder Kollege. Aber die Beteiligung am Aufbau von Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, die Kriminalität in den Herkunftsländern zu bekämpfen, die immer auch internationale Bezüge, zum Beispiel nach Deutschland, hat. Damit leisten die Kolleginnen und Kollegen im Ausland einen Beitrag zur Minderung der Kriminalitätsbelastung bei uns. Die Beamten in den Missionen erwerben zudem wertvolle Kenntnisse



**Im Gespräch mit dem Leiter der Geschäftsstelle AG IPM und Referatsleiter B4, Dr. Christoph Ehrentraut (l.) und seinem Vertreter Markus Bierschenk (r.) war DP-Autor Roland Voss (m.).**

**Foto: privat**

Mittelmeer begeben.

Friedensmissionen haben sich in den letzten 25 Jahren bewährt. Diese entlasten damit dauerhaft die Polizei im Inland und an den EU-Außengrenzen. Für die Menschen in den Krisenregionen schafft es Perspektiven vor Ort und wirkt im

und Erfahrungen, die sie nach ihrer Rückkehr gut in ihren Dienststellen einbringen können – zum Beispiel interkulturelle- und Sprachkompetenz.

**DP: Gibt es eine Verknüpfung zu Frontex beziehungsweise gibt es gegenseitige Unterstützung?**

**Dr. Ehrentraut:** Wir sind sehr froh,





**CYBERCRIME!**  
MIT VORSICHT IM NETZ

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P** **LIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei

dass die Polizeien der Länder seit November 2015 die Bundespolizei bei Einsätzen der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex unterstützen. Der gemeinsame Einsatz von Bundes- und Landespolizisten an den Hot Spots in Griechenland und Italien sowie zum Beispiel an der bulgarischen EU-Außengrenze ist Teil unseres Tagesgeschäfts geworden und wird nach meiner Einschätzung auch künftig ein wichtiger Baustein des deutschen Polizeiangagements im Ausland bleiben.

**DP: Herr Bierschenk, die Bundesregierung hat erklärt, dass das deutsche Engagement beim Einsatz in internationalen Friedensmissionen weiter gestärkt und ausgebaut werden soll. Gibt es genügend Interessenten für Missionen, und welche Rolle spielt die Sprachkompetenz?**

**Markus Bierschenk:** Seit 1989 waren mehr als 9.000 deutsche Polizistinnen und Polizisten in Missionen eingesetzt. Uns freut, dass das Interesse nach wie vor groß ist. Allerdings werden seit einiger Zeit vermehrt sehr spezialisierte Polizisten und Führungskräfte benötigt, die auch im Inland rar sind. Englischkenntnisse sind ein „Muss“ für jeden in einer Mission. Da in Mali und Niger französisch gesprochen wird, appelliere ich an interessierte deutsche Polizistinnen und Polizisten, französisch zu lernen. Die Trainingsinstitute der AG IPM in Lübeck, Brühl und Böblingen unterstützen gern bei der Suche nach passenden Fortbildungsangeboten.

**DP: Ein Auslandseinsatz bedeutet auch Trennung von der Familie und der gewohnten Umgebung zu Hause. Warum sollten sich Polizistinnen und Polizisten diesen Erschwernissen stellen? Welche Anreize gibt es für den Auslandseinsatz?**

**Bierschenk:** Ich habe in meinen Auslandseinsätzen schnell festgestellt, dass das Arbeiten in einem fremden Kulturkreis extrem spannend ist. Man reift im Auslandseinsatz deutlich schneller als zu Hause, lernt viel Neues dazu und hilft dort, wo Hilfe am Nötigsten ist. Darüber hinaus ist es auch finanziell attraktiv, in eine Mission zu gehen. Das sollte aber auf keinen Fall der Hauptbeweggrund für eine Bewerbung sein.

**DP: Wie erfolgt die Betreuung der Kollegen im Auslandseinsatz und ihrer Familien?**

**Bierschenk:** Es gibt ein großes Netz an Betreuungsmaßnahmen, das bei der Geschäftsstelle der AG IPM im Bundespolizeipräsidium in Potsdam und den Entsendebehörden weit im Vorfeld des Einsatzes beginnt und neben dem Einsatz selbst auch dessen Nachbereitung und Verarbeitung einbezieht. Die Beamten und ihre Familien werden nicht allein gelassen. Es gibt immer einen Ansprechpartner für Sorgen und Nöte. Wenn es zu besonders belastenden Ereignissen kommt, steht uns ein eigenes Kriseninterventionsteam zur Verfügung, das sofort eingesetzt werden kann.

**DP: An wen können sich Polizistinnen und Polizisten wenden, wenn sie sich für einen Auslandseinsatz interessieren?**

**Bierschenk:** Der Bund und die Länder unterhalten jeweils eigene Betreuungskomponenten, die allen Interessentinnen und Interessenten zur

Verfügung stehen. Informationen und Ansprechpartner finden sie auch auf den Internet- und Intranet-Homepages der Polizeien von Bund und Ländern.

**DP: Haben Sie selbst schon an einem Auslandseinsatz teilgenommen und würden Sie sich dieser Herausforderung erneut stellen? Was sagt Ihre Familie dazu?**

**Bierschenk:** Ja, auf jeden Fall. Es ist eine fantastische Erfahrung, in einer Mission zu arbeiten. Meine Familie war vor meinem ersten Einsatz in Afghanistan skeptisch. Jetzt wissen meine Frau und meine Kinder, dass sie nicht allein gelassen werden, wenn ich im Ausland bin. Sie stehen hinter mir, wenn wieder ein Einsatz ansteht.

**Vielen Dank Herr Dr. Ehrentraut und Herr Bierschenk.**

**Das Interview führte Roland Voss.**

## NÄHER BETRACHTET

# Polizei in Mission

Von Roland Voss, Mitglied im Bundespolizeihauptpersonalrat

**Seit den sechziger Jahren dienen Polizeibeamte in Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen. Ihre Zahl hat sich seitdem vervielfacht. In Deutschland ist die Polizei zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung nach den jeweiligen Polizeigesetzen und dem Bundespolizeigesetz innerhalb der Bundesrepublik zuständig. Eine zunehmende Veränderung in der Aufgabenwahrnehmung wird besonders in den letzten Jahren in der deutschen Polizei spürbar.**

Immer mehr Aufgaben kamen und kommen durch die Übernahme von „Tätigkeiten im Ausland“ auf die Polizei zu. Die Federführung, da grundgesetzlich geregelt, kommt der Bundespolizei zu. Nach Artikel 73 des Grundgesetzes ist für auswärtige Angelegenheiten der Bund allein zuständig. Somit ist er auch für internationale Polizeimissionen zuständig. Da der Bund dieses personell allein nicht leisten kann, gibt es richtigerweise eine besondere Zusammenarbeit und Unterstützung mit den Ländern.

Grundlage dieser Entwicklung ist die zunehmende politische Verantwortung Deutschlands in der Welt. Die Schaffung humanitärer Lebensbedingungen sowie zur Hilfelei-

stung in Krisenregionen sind Grundlage, das schlimmste Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen, aber auch Flucht- und Migrationsursachen im Vorfeld entgegengewirkt werden kann.

Zurzeit versehen circa 160 deutsche Polizisten weltweit in insgesamt 19 Missionen ihren Dienst. Die Arbeit vor Ort ist teilweise extrem schwierig und gefährlich und hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert.

Um wirksame Arbeit leisten zu können, braucht das System der „Deutschen Polizeien in Missionen, gleich welcher Mandatierung“ deutlich mehr „Zuwendungen“, sowohl in materieller, als auch finanzieller Hinsicht,



## NÄHER BETRACHTET

um zukunftsweisende und wirksame humanitäre Arbeit leisten zu können. Daneben sind aber auch die Wertschätzung und der Respekt der Kollegen zwingend erforderlich, die sich dieser Aufgabe stellen. Hierzu ist auch die notwendige Transparenz der Aufgaben, also Öffentlichkeitsarbeit nach innen, aber auch die Betreuung der Missionsteilnehmer von immenser Bedeutung.

Das Bundesinnenministerium (BMI) und der Bundespolizeihauptpersonalrat (BHPR) vereinbarten daher gemeinsame Betreuungsreisen. Dass diese bei den Kollegen sehr gut ankommen, zeigen die Reaktionen und Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei. Ein Akt der besonderen Menschlichkeit, sich um die Kollegen – auch in den entlegensten und gefährlichsten Ecken der Welt zu kümmern.

Bürgerkriegsregionen, in denen normalerweise die Waffen ruhen sollten, sind keine Urlaubsländer. Die Mandate sollen den Menschen Wege in ein Leben ohne Krieg und in Sicherheit ebnen. Ein Großteil der Bevölkerung – Frauen und Männer, Kinder und Alte – sind auf ein Mindestmaß an Vorhersagbarkeit und Vertrauen angewiesen, um sich zumindest frei bewegen, das Lebensnotwendige besorgen, den Lebensunterhalt verdienen oder zur Schule gehen zu können. Wo dies nicht



Bei der Somalia-Mission im Februar 2017: (v.l.) Volker Eggert, Roland Voss, Christoph Buik, Thomas Urny und Paul Grupp  
Foto: privat

möglich ist, breitet sich eine Diaspora aus. Ein krimineller Nährboden für gewaltsame Konflikte, Krieg und Terror.

Daher ist es eine übernationale Aufgabe im Rahmen der Völkerverständigung, für ein Mindestmaß an Sicherheit zumindest ansatzweise zu sorgen. Darin liegt der Mehrwert der internationalen Aufgaben und dieses ist gemeinhin eine zivile Aufgabe und somit eine Aufgabe der Polizei.

Für die friedliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist Rechtsstaatlichkeit von entscheidender Bedeutung. Wichtiger Garant von Rechtsstaatlichkeit ist eine gut ausgebildete Polizei. Deutsche Polizistinnen und Polizisten zeichnen sich insbesondere durch ihr rechtsstaatliches Selbstverständnis und ihre Verankerung in unserer Gesellschaft aus. Der deutschen Polizei – die international bekannt für

## Reise & Erholung

**Action mit wasser·c·raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 120,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at

**Franken bei Bamberg,**  
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

**Action-Urlaub in Haiming / Tirol!**

**Spezialpreise für Polizeigruppen!**

Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm + 2 Übernachtungen mit Frühstück im unserem Haus und einen Grillabend

Preis: € 165,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:  
**Outdoor Refugio Otto**  
Alte Bundesstraße 44  
A-6425 Haiming / Tirol  
Tel. 0043 5266 888 65  
Mobil 0043 680 11 68 408  
E-Mail: info@outdoor-refugio.com  
www.outdoor-refugio.com

**Mallorca/Port de Soller**  
Komfortable Ferienwohnung, 110 m<sup>2</sup>, am Hafen/Strand,  
**Noch Termine frei!** Privatvermietung vom Kollegen aus Nds., 2 Schlafz. bis zu 5 Personen, klimatisiert, inkl. Bettw., Handtücher und vieles mehr.  
Ab 100,- € pro Tag plus Endreinigung.  
Infos: 057 22/23282, berndkrusebbg@t-online.de

**SOMMERPAUSCHALE** ALL IN ONE

**1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 371**

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

**NEU:** BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

**POST HOTEL**  
Fam. A. Handle  
A-6553 See, Au 164  
Tel. +43-5441-8219  
www.postsee.at  
info@postsee.at

**ISCHGL**

**Cankick**  
...prickelnd anders

**TOP ANGEBOT**  
1x Rafting  
1x Canyoning  
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person  
nur € 109,-

**RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG**  
**ACTION & ABENTEUER** // Tel. +43 664 2838055  
info@cankick.at // www.cankick.at

**www. Polizeifeste.de**



ihre Ausbildung ist – kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Seit August 1989 nehmen deutsche Polizisten an Auslandseinsätzen teil. Die ersten Bundesgrenzschutz-Beamten wurden im Rahmen der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit, kurz UNTAG (United Nations Transition Assistance Group), in Namibia, eingesetzt. Danach folgten Einsätze in Kambodscha, der West-Sahara und auf der Donau. Seit 1994 beteiligen sich auch Kollegen der Landespolizeien an Auslandseinsätzen.

Im Februar reiste eine Betreuungsdelegation des BMI und Bundespolizeipräsidiums (BPOLP) mit einem Vertreter des BHPR nach Somalia (Mogadischu). Weitere Betreuungseinsätze, unter anderem in den Sudan (Dafur), sind in Vorbereitung.

Am Beispiel des UN-Mandats für Somalia (UNSOM) zeigt sich die Wichtigkeit solcher Friedensmissionen. Die UNSOM ist eine politische „Sondermission“ der Vereinten Nationen für Somalia, die vom Bundespolizisten Christoph Buik geleitet wird. Es ist die erste UN-Mission, bei der ein Deutscher an der Spitze steht. Deren Aufgabe ist es, Somalia beim Staatsaufbau und bei den Versöhnungsbestrebungen innerhalb des Landes zu unterstützen.

Der am 8. Februar stattgefundenen Wahl kam eine große Bedeutung zu. Mehr als zwei Jahrzehnte gab es in dem Land am Horn von Afrika keine funktionierende Zentralregierung. Hier zeigt sich der besondere Wert der UN und der EU-Friedensmissionen. Besonders die internationale Polizeitruppe unter Führung Buiks leistete hervorragende Arbeit.

Die Herausforderungen der UN enden nicht. Sie gehen sicherlich weiter. Beim Wiederaufbau des wirtschaftlich ruinierten Landes Somalia und größter Hungersnot von Millionen von Menschen ist die Stärkung der Demokratie, vor allem beim Aufbau einer dauerhaft funktionierenden Polizei, die gegen die Islamistenmiliz Al Shabaab gut auszubilden ist, eine wichtige Aufgabe der UN. Ob ein Mandat erteilt wird, wird sich zeigen.

Angesichts der Vielzahl internationaler Konflikte und einer teilweise sehr fragilen Sicherheitslage ist der Einsatz deutscher Kollegen in den Missionen extrem gefährlich, aber trotzdem sehr

wichtig. Friedenseinsätze sind eines der besten zur Verfügung stehenden Instrumente, um Gewalt in Konfliktsituationen einzudämmen.

Der Bund muss hierbei seiner Rolle und seiner Aufgabe gerecht werden. Die Personalgestellung erfolgt auf Grundlage einer Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder am 12. Juni 2008 und einem vereinbarten Verteilerschlüssel für internationale Polizeimissionen zwischen dem Bund und den Bundesländern. Eine vollständige Übernahme aller Kosten, auch der Personalkosten, sollte daher selbstverständlich sein. Die Bundesländer dürfen hierbei nicht auf den Kosten sitzenbleiben.

Daher sollte darüber nachgedacht werden, ob eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Verbesserung der rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen geschlossen wird, die der außenpolitischen Verantwor-

tung des Bundes angemessen Rechnung trägt.

Auch eine Anpassung des für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten im Ausland geltenden Dienstrechts des Bundes und der Länder sollte auf die politische Agenda gesetzt werden, um die Rahmenbedingungen für die schwierigen Einsätze zu verbessern und somit auch mehr Polizisten und Polizistinnen zu ermutigen, in Friedenseinsätze zu gehen.

Um die erforderliche Wertschätzung besonderen Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen politisch zu honorieren, wäre auch eine regelmäßige, mindestens jährliche Debatte im Deutschen Bundestag wichtig.

Es ist daher schon jetzt besonders begrüßenswert, dass das BMI gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat der Bundespolizei Betreuungsreisen unternimmt. Ein Akt großer und wichtiger Wertschätzung.

Dass die GdP ihren unabhängigen und politischen Einfluss im Interesse der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen nutzen wird, ist selbsterklärend.

## ELTERNBETEILIGUNG AN SCHULEN

# Die Hürden der Integration

Von Thomas Gesterkamp

**An Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus Einwandererfamilien ist das Engagement der Eltern besonders gering. Ein Modellprojekt in Frankfurt am Main versucht das zu ändern.**

Elternabend: Rund 20 Erwachsene sitzen im Klassenraum auf nicht allzu bequemen Holzstühlen, vor sich die wie üblich verkratzten Bänke. Die Bitte der Lehrerin um Interessenten für das Amt des Elternratsvertreters verhallt ohne Resonanz. Als sie nach „Freiwilligen“ sucht, die bei der Vorbereitung des Schulfestes helfen können, gehen immerhin ein paar Arme hoch. Weit hinten sitzen zwei Frauen mit Kopftuch, Mütter von Schülerinnen, die zu den besten der Klasse zählen. Sie beteiligen sich nicht an der Diskussion. Beherrschen sie die Sprache nicht gut genug, sind sie gar Analphabeten? Oder ist es die Institution Schule selbst, die ihr Engagement bremst oder gar verhindert?

Frankfurt-Fechenheim, eine eher unwirtliche Gegend im Osten der Ban- kenstadt. Nichts erinnert an das nur

wenige Kilometer entfernte Zentrum der Hochfinanz, es sieht aus wie im Ruhrgebiet. An der Heinrich-Kraft-Schule gibt es das Fach Türkisch als „herkunftssprachlichen Unterricht“. Viele Kinder kommen aus Migrantenfamilien, sie sprechen zu Hause kein Deutsch. Ihre Eltern, so stellen die Lehrkräfte der Fechenheimer Gesamtschule nüchtern fest, zeigen nur eine „sehr geringe Beteiligung innerhalb unserer Schullandschaft“.

Das ändert sich gerade, durch das Projekt „Nur mit Ihnen“. So heißt ein Modellversuch des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) und des Staatlichen Schulamtes in Frankfurt am Main. 16 Schulen, die überwiegend in von Einwanderung geprägten Stadtteilen liegen, haben in den vergangenen drei Jahren



# POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.05. - 31.05.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Ideen für eine stärkere Beteiligung von Eltern entwickelt und umgesetzt. Jeweils zwei Lehrerinnen oder Lehrer erhielten ein Zeitdeputat von zwei Wochenstunden und ein Budget von 2.000 Euro pro Schuljahr. „Die unterschiedlichen Projekte eint der Gedanke, Barrieren abzubauen und Vertrauen zu ermöglichen“, sagt Wolfgang Kreher vom Schulamts. Das Spektrum reicht von innovativen Formen, Elternabende zu gestalten, über Elterncafés und Elternfeste bis zu einer neuen Begrüßungskultur.

An der Heinrich-Kraft-Schule in Afechenheim war der gemeinsame Besuch eines Kletterparks ein Höhepunkt der Initiative. „Mama komm mal, lass uns wetten, wer zuerst oben ist!“. Solchen Bitten ihrer Kinder konnten sich sogar zunächst skeptische Eltern kaum verweigern, erinnern sich die Lehrkräfte, sie „klettern stolz die Wand hinauf“. Doch selbst nach diesem besonderen Event bleibe es schwierig, die Einwandererfamilien zu erreichen, heißt es im Auswertungsbericht. Die Beteiligung sei „gering“ und bedürfe der „weiteren Optimierung“.

### Brach liegende Potenziale

Liegt das nur an den Eltern? Fragt man die (eher nicht migrantisch geprägte) Minderheit, die Verantwortung übernimmt, in Klassenkonferenzen oder Ratsversammlungen gesessen hat, hört man resignative Töne. Bei Konflikten entscheiden Schulleitung und Schulverwaltung meist allein. Eltern sollen mitwirken, aber nicht mitbestimmen. Klar wird es gern gesehen, ja fast erwartet, dass Familien für das Sommerfest einen Kuchen backen oder einen Salat mitbringen. Auch die Liste, auf der sich jede/r für den Dienst an Spielstand oder Kaffeetisch eintragen soll, macht beim Elternabend garantiert die Runde. Kritische Fragen zu Unterrichtsinhalten, Lehrmethoden oder „heißen Eisen“ wie Drogenmissbrauch, Gewalt oder Mobbing sind weniger erwünscht.

Elternmeinungen als wertvolle „Kundenanregungen“, um das eigene Angebot zu verbessern? Jeder Dienstleister, der sich behaupten will, muss das ganz selbstverständlich so betrachten und entsprechend handeln. In dem AmkA-Projekt finden

sich zumindest erste Ansätze, einen Bewusstseinswandel in diese Richtung zu bewirken. Fast die Hälfte der beteiligten Frankfurter Schulen experimentiert mit Elterncafés, wo sich „Erziehungsberechtigte“ und hauptberufliche Pädagogen unverbindlich treffen sollen. Beim Frühstück können sie sich austauschen oder Sorgen besprechen. Diese Cafés sind allerdings nur am frühen Morgen geöffnet, zu einem Zeitpunkt also, zu dem Eltern es in der Regel eilig haben. Als Folge sitzen dort fast ausschließlich nicht erwerbstätige Mütter.

Dass auch Väter Eltern sind und sich stärker engagieren könnten, war in dem Modellversuch leider kaum Thema. Bei Schulfesten stehen die Männer wie gewohnt hinter dem Grill oder am Zapfhahn. Wenn Kleinigkeiten unbürokratisch und kostengünstig zu renovieren sind, wird schon mal auf männliche Handwerker aus der Elternschaft zurückgegriffen. Doch viel ehrenamtliches Wissen liegt brach. Dabei könnte ein Vater sein Fachwissen der Informationstechnik einmal wöchentlich im schulischen Programmierkurs vermitteln. Oder eine Mutter hat Kontakt zu einer Schauspielertruppe, die bereit wäre, gegen eine kleine Aufwandsentschädigung mit den Kindern ein Stück einzuüben.

„Eltern bringen kulturelle Vielfalt und einen großen Erfahrungsschatz mit in die Schule, dieses Potenzial wird noch zu wenig genutzt“, resümiert Stefan Weiß, der Projektverantwortliche beim Frankfurter AmkA. „Dabei sind viele bereit, sich zu engagieren, auch außerhalb der institutionalisierten Mitwirkung im Elternbeirat oder dem obligatorischen Mitbringsel zum Buffet.“ Im Weg stehen dabei auch ganz praktische Barrieren. Manche Hausmeister sind wenig begeistert, die Schule am Abend für besondere Aktivitäten zu öffnen. Putzfrauen fürchten, Klassenräume ein zweites Mal reinigen zu müssen. Lange war nicht geklärt, wer haftet, wenn ein Vater beim Sportunterricht aushilft. Die Versicherung von Ehrenamtlern durch öffentliche Einrichtungen ist inzwischen geregelt, auch anderen Bedenken wurde der Wind aus den Segeln genommen. Die Schulen sind unabhängiger, müssen nicht dauernd Behörden um Genehmigung bitten, können mehr Dinge auf eigene Faust ausprobieren und gestalten.

### Dolmetscher beim Elternabend

Dass der Dialog zwischen Schulen und Familien nicht besonders gut funktioniert, ist keineswegs nur desinteressierten Lehrkräften oder der Bildungsbürokratie anzulasten. Manchen Eltern ist es erschreckend gleichgültig, in welcher Umgebung ihre Kinder einen großen Teil ihres Alltags verbringen. Die Schule wird es schon richten, ist die Grundhaltung derjenigen, die sich aus ihrer Erziehungsverantwortung weitgehend zurückgezogen haben. Erst wenn es Fünfen und Sechsen hagelt und die Versetzung gefährdet ist, suchen sie den Kontakt. Viele Elterngespräche, klagen Lehrerinnen und Lehrer, seien einzig und allein dem Weiterkommen des eigenen Kindes gewidmet. Erheblich schwerer sei es, den Blick auf die Klassengemeinschaft oder gar die ganze Schule zu richten.

Studien zum bürgerschaftlichem Engagement zeigen ein nur auf den ersten Blick überraschendes Ergebnis: Es sind meist die Eltern, die gute Stellen und wenig Zeit haben, die sich zusätzlich auch noch in der Schule ihrer Kinder engagieren. In einkommensschwachen Milieus fehlt angesichts näher liegender Sorgen dafür oft die Energie. Zum Teil mangelt es gerade in den Migrantenfamilien auch an kultureller Kompetenz, sich etwa auf Versammlungen zu äußern, Protestbriefe zu schreiben oder in Gremien mitzuarbeiten. Oder die Mischung aus Mittelschichtsprache, Umgangsstil und Sitzungsmeierei bringt diese Eltern zum Schweigen.

Hier können Kleinigkeiten ein erster Schritt sein. Frankfurter Schulen haben eine „mehrsprachige Begrüßungskultur“ entwickelt. Im Eingangsbereich und an Treppenaufgängen stehen Willkommensschriftzüge auf Russisch, Arabisch oder Farsi. Wichtiger noch als solche symbolischen Gesten ist die Übersetzung etwa von Informationsbroschüren in die wichtigsten Herkunftssprachen. Denn bisweilen sind die Deutschkenntnisse so lückenhaft, dass auf den Elternabenden eigentlich gedolmetscht werden müsste. Übersetzungsdienstleistungen aber sind teuer, auch dem AmkA-Modellprojekt fehlten dafür die Ressourcen. So stoßen die Bemühungen der interkulturellen Integration im Schulalltag an Grenzen.



# Autonome Schiffe – Vision oder Albtraum

Von Burkhard Klär

**In der Antike oder im Mittelalter hätte man sie wohl als Geisterschiffe bezeichnet, autonome Schiffe, die wie von Geisterhand ohne Besatzung über die Weltmeere fahren. Doch genau wie im Straßenverkehr (Thema des Verkehrsgerichtstages 2015) schreitet auch die Automatisierung in der Schifffahrt mit Riesenschritten voran. Bei einem autonomen Schiff handelt es sich um ein umfassend mit Automatisierungs-, Informations- und Kommunikationstechnik ausgerüstetes Schiff, das selbständig und ohne Besatzung navigieren kann und von einer Landstation überwacht wird. Automatisierte Schiffe ohne Brückenbau und Unterkünfte für die Besatzung könnten vom Bug bis zum Heck mit Containern beladen werden. Dadurch werden erhebliche Vorteile unter anderem im Hinblick auf die Reduzierung von Personal- und Betriebskosten erwartet.**

Als Argumente gegen autonome Schiffe werden unter anderem vorgebracht, dass Besatzungen während der Reise Instandhaltungs- und Pflegearbeiten durchführen, die sonst in der Werft erledigt werden müssten und so teure Werftliegezeiten reduzieren. Technische Defekte, die häufig erhebliche Folgen nach sich ziehen, können unmittelbar repariert werden und beugen der Gefahr eines Maschinenausfalls auf hoher See vor. Bei Ausbruch eines Feuers an Bord könnte eine Mannschaft vielleicht noch rechtzeitig und erfolgreich den Löschangriff

durchführen, ohne Mannschaft ist die Gefahr eines Schiffsverlustes als deutlich höher anzusehen.

## Vielzahl von Parametern

Anders als im richtungsgebundenen Straßenverkehr mit mehr oder weniger einheitlichen Rechten für alle Verkehrsteilnehmer, stellen die Verkehrsregeln im überwiegend richtungsungebundenen Verkehrsraum See auf eine Vielzahl von Parametern ab. Je nach Ort, Sichtweite, Tiefgang eines

Schiffes, dessen Antrieb, Verrichtung oder Manövrierfähigkeit können sich im Einzelfall unterschiedliche verkehrliche Bevorrechtigungen und/oder Verpflichtungen ergeben. All diese anzunehmenden Situationen müssen von der Navigationssoftware eines autonomen Schiffes mit Algorithmen hinterlegt, also erfasst, bewertet, richtig entschieden und mit Steuerbefehlen umgesetzt werden. Fachkreise halten vor diesem Hintergrund Änderungen der internationalen Kollisionsverhütungsregeln für zielführend.

Interessant dürfte in diesem Zusammenhang auch die Verwirklichung der Beistandspflicht im Seenotfall sein. Fährt das autonome Schiff an einem havarierten Segelboot oder einer im Wasser treibenden Person vorbei oder müssen technische Seenot hilfssysteme vorgehalten werden? Und wo können die gegebenenfalls an Bord gelangten Seebrüchigen Schutz finden?

## Wohin und in welchen Schritten erfolgt nun die Entwicklung?

Unternehmen der maritimen Industrie, Forschungseinrichtungen und

## Kapitalmarkt

<p><b>Beamten Darlehen 10.000 €-120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorteilszins für den öffentl. Dienst</li> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p><b>Deutschlands günstiger Autokredit</b></p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178180-0 Info@AK-Finanz.de</p> <p><a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
---	--	--	--

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

**KREDIT** bis € 80.000,-

**PECUNIA GmbH seit 1980**

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 89. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 1348**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**www.Polizeifeste.de**

**Alle Polizeifeste auf einen Blick**





**Künftig moderne „Geisterschiffe“ auf See?**

**Foto: Hinrich Bäsemann/dpa**

Universitäten treiben die Vision der unbemannten Schifffahrt zunehmend voran. Unter anderem wurden in dem EU-Projekt MUNIN (Maritime Unmanned Navigation through Intelligence in Networks – [www.unmanned-ship.org/munin](http://www.unmanned-ship.org/munin)) Voraussetzungen und Einsatzmöglichkeiten für die unbemannte Frachtschifffahrt untersucht. Die Klassifikationsgesellschaft Det Norske Veritas – Germanischer Lloyd entwickelt zurzeit das Konzeptschiff ReVolt ([www.dnvgl.com/technology-innovation/revolt/index.html](http://www.dnvgl.com/technology-innovation/revolt/index.html)) und Norwegen hat als erstes Land im Trondheimfjord ein Testgebiet für autonome Schiffe ausgewiesen. Aus einer britisch/norwegischen Kooperation ([www.automatedshipsltd.com](http://www.automatedshipsltd.com)) heraus soll das erste unbemannte Schiff 2018 in Dienst gestellt werden.

## Große Chancen

Die Arbeitskreis-Experten des Deutschen Verkehrsgerichtstags Ende Januar in Goslar sehen in der Entwicklung autonomer Schiffe und deren Komponenten große Chancen für die auf Hochtechnologie ausgerichtete deutsche maritime Wirtschaft. Es sei dringend erforderlich, Klarheit über die technische Entwicklung und die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Neben Haftungsfragen sind dieses zwei Aspekte:

**1.** Das internationale Seeverkehrsrecht geht bisher davon aus, dass sich eine ausreichende Mindestbesatzung unter der Führung eines Kapitäns an Bord des Schiffes befindet, und weist diesem eine besondere Verantwortung für den sicheren Betrieb des Schiffes

zu. Es bedarf der Klärung, wie diese Verantwortung bei autonomen Schiffen wahrgenommen werden kann. Für die verschiedenen Entwicklungsstufen der fortschreitenden Automatisierung sollten Möglichkeiten für besondere Regelungen zum Beispiel im Rahmen von Ausnahmen für Erprobungszonen und der Anerkennung eines gleichwertigen Ersatzes genutzt oder geschaffen werden.

**2.** Die Sicherheit der weltweiten Seeschifffahrt, aber auch die Erhaltung der Wettbewerbsgleichheit setzen international abgestimmte Grundsätze und Vorschriften voraus. Regelungen sollten deshalb im Rahmen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) erfolgen. Die Bundesregierung sollte sich zusammen mit anderen Mitgliedstaaten bei der IMO dafür einsetzen, dass angemessene Lösungen entwickelt werden.

## Angriffe auf oder mit autonomen Schiffen

Auf dem Verkehrsexpertentreffen nicht diskutiert worden, aber gleichwohl von grundlegender Bedeutung, sind die Sicherheitsaspekte unter der Überschrift Security, also Angriffe auf autonome Schiffe oder mittels autonomer Schiffe.

Es bedarf keiner großen Vorstellungskraft, dass autonome Schiffe zum Beispiel am Horn von Afrika geradezu als Einladung zur Piraterie verstanden werden. Sofern es gelingt, durch einen gezielten Cyberangriff den Kurs eines Schiffes zu manipulieren, kommt die Beute den Piraten auch noch entgegen gefahren.

## Ferngesteuertes Schiff als Waffe

Erscheint dieses Szenario von uns noch weit entfernt zu sein, so wissen wir doch seit dem 11. September 2001, den verheerenden Anschlägen unter anderem auf das New Yorker World Trade Center, dass sich Verkehrsmittel auch für terroristische Angriffe einsetzen lassen. Als Folge dieses Anschlages wurde die maritime Sicherheitsarchitektur einer grundlegenden Novellierung unterzogen und mit ineinander greifenden Mechanismen versehen. Gefahrenabwehrpläne für Häfen und Schiffe, Festlegung von Verantwortlichkeiten an Bord, in der Reederei, im Hafen und in den Behörden, Aus- und Fortbildung in Sicherheitsbelangen sowie umfangreiche Melde- und Kontrollsysteme seien hier nur als einige Beispiele genannt. Ein



**Angriff der U.S.-Navy auf ein Piratenschiff vor der somalischen Küste im Golf von Aden.**  
**Foto: Harry J. Storms/dpa**

selbstfahrendes oder ferngesteuertes Schiff, das ohne Besatzung in die Hoheitsgewässer oder sogar bis in einen Hafen einfährt, erscheint mit den aktuellen, besonderen Sicherheitsanforderungen noch nicht kompatibel zu sein.

## Nicht ob, sondern wann?

Ob autonome Schiffe kommen werden, wird in der Fachwelt mehrheitlich mit ja beantwortet. Offen ist die Frage nach dem Wann. Schätzungen reichen dafür von 2020 bis 2040. Dabei könnte sich die technische Entwicklung schneller realisieren lassen als die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Letztendlich aber wird die Entscheidung eines Reeders über den Einsatz autonomer Schiffe unter betriebswirtschaftlichen Aspekten beantwortet werden. Hierbei sind die Auswirkungen auf die zu leistenden Versicherungsprämien noch nicht absehbar.



# HÄUSLICHE GEWALT

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 22

Von **Detlef Averdiel-Gröner** und **Wolfgang Gatzke**.

1. Auflage 2016

**Umfang:** 144 Seiten,

**Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

**ISBN** 978-3-8011-0784-0

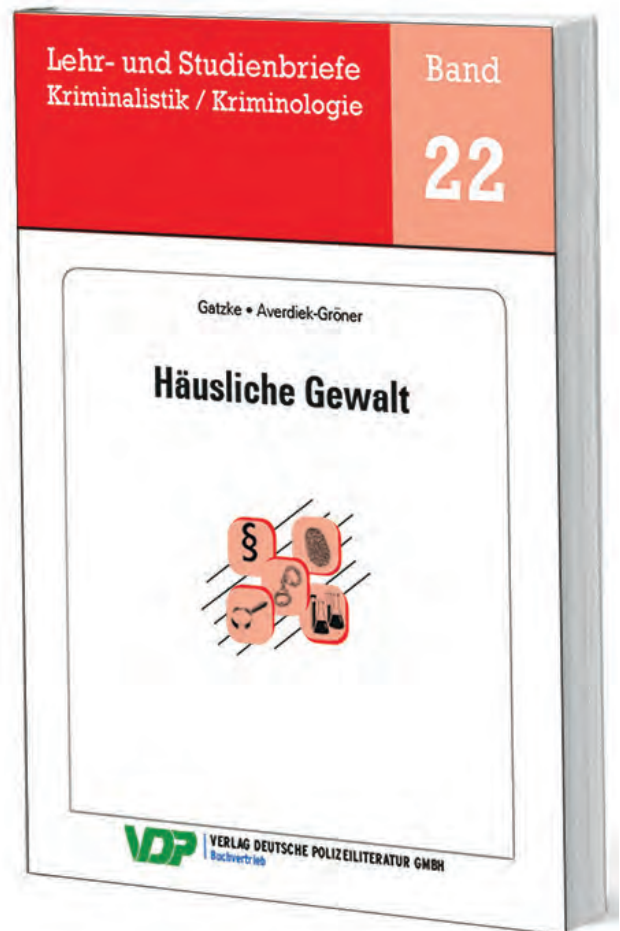
**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 12,99 € [D]

Der vorliegende Lehr- und Studienbrief vermittelt komprimiert das erforderliche Grundlagenwissen für das polizeiliche Handeln in Fällen häuslicher Gewalt. Im ersten Teil beschreibt er unter Berücksichtigung europäischer, nationaler und länderspezifischer Studien, Statistiken und Daten den aktuellen Wissensstand zum Thema. Er vermittelt kompakt die für die Beurteilung der polizeilichen Lage bedeutsamen Kenntnisse über Art und Ausmaß von häuslicher Gewalt, Schweregrade und Muster, typische Entwicklungsverläufe sowie besondere Risikofaktoren.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der spezifischen Lebens- und rechtlichen Situation der von häuslicher Gewalt Betroffenen vermittelt der zweite Teil das erforderliche Grundlagenwissen für die Anwendung des gesetzlichen Handlungsrepertoires. Einen Schwerpunkt der Darstellung bilden Aspekte der Gefahrenprognose sowie die Behandlung der zentralen Vorschriften von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot. Ergänzt werden die Ausführungen mit Hinweisen auf vertiefende Literatur sowie im Anhang durch klausurtypische Fragestellungen mit Lösungsbemerkungen und Fallvarianten.



## DIE AUTOREN

**Detlef Averdiel-Gröner**, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

**Wolfgang Gatzke**, Direktor Landeskriminalamtes NRW a. D.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Pedelecs und E-Bikes: Unfallzahlen steigen drastisch

Von Richard Lücken

**Die Zweiradbranche boomt – Pedelecs und E-Bikes erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Insbesondere bei Senioren sowie zunehmend auch bei Menschen in den Innenstädten, die diese Fortbewegungsmittel als umweltbewusste und gesunde Alternative zum Kraftfahrzeug wählen. Dies zeigt sich auch bei den Verkaufszahlen der vergangenen Jahre. Bereits 2015 gab es mit 535.000 verkauften Elektrorädern einen neuen Rekord. Zu Jahresbeginn 2016 waren damit rund 2,5 Millionen Elektrofahräder auf deutschen Straßen unterwegs: ein Faktor für die polizeiliche Verkehrsüberwachung.**

Die Zweiradbranche prognostizierte für das vergangene Jahr einen weiteren Zuwachs um etwa 22 Prozent, was einer Jahresbilanz von 560.000 Elektrofahrern entspricht. Damit dürften bereits mehr als drei Millionen Elektrofahräder auf den Straßen unterwegs sein. Im Bereich der Elektroräder werden dabei immer leistungsstärkere und schnellere Fahrzeuge entwickelt. Auch die Möglichkeiten des Tunings für Pedelecs verbessern sich stetig, sodass technische Veränderungen immer einfacher und unauffälliger vorgenommen werden können. Diese Entwicklung wird die Polizei künftig noch weiter vor Probleme stellen. Neben den stetig

steigenden Verkaufszahlen sind für die Polizei insbesondere die künftigen Unfallzahlen von Bedeutung, um einer möglichen Unfallhäufung frühzeitig durch präventive Maßnahmen und Konzepte entgegen wirken zu können.

## Rasanter Zuwachs

Viele Experten äußerten sich in der Vergangenheit bereits zu den möglichen Folgen des rasanten Zuwachses auf dem Zweiradmarkt. Bis vor einigen Jahren wurden Elektrofahräder in den Unfallstatistiken jedoch nicht oder nur vereinzelt separat ausgewiesen, so dass die Entwicklung der Unfallzahlen



Foto: Rainer Hackenberg/dpa

kaum überprüft werden konnte. Insbesondere Vergleiche mit Erhebungen aus den Vorjahren waren somit nicht möglich.

Die Bundesregierung führte hierzu 2012 aus, dass spätestens ab dem Jahr 2014 in allen Bundesländern einheitlich auch Elektroräder separat in den Unfallstatistiken ausgewiesen werden sollen. Seit 1. Januar 2014 sind diese Zahlen in den jeweiligen Unfallstatistiken von Bund und Ländern zu finden. Erstmals kann daher ein Vergleich der Unfallhäufigkeit vorgenommen werden.

Für 2016 liegen noch keine abschließenden Unfallzahlen vor. Diese werden voraussichtlich im zweiten Quartal dieses Jahres veröffentlicht. Allein von Januar bis September 2016 registrierte das Statistische Bundesamt jedoch bereits 3.214 Verkehrsunfälle (VU), an denen Pedelecs beteiligt waren. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren 2.313 Unfälle erfasst worden. Dies entspricht einer Zunahme um 39 Prozent innerhalb eines Jahres. Die Zahl der Unfälle mit E-Bikes erhöhte sich zeitgleich um 25 Prozent.



Motorisierte Unterstützung auf dem Fahrrad immer gefragter.

Foto: Rainer Jensen/dpa



Im relevanten Zeitraum stieg die Zahl der normalen Fahrradunfälle jedoch nur um etwa sechs Prozent an. Die Zahl der Unfallereignisse mit Personenschäden nahm ebenfalls rasant zu: 2015 waren es noch 441 Pedelec-Unfälle mit Personenschäden, im darauffolgenden Zeitraum bereits 621. Die Zahl der Schwerverletzten stieg von 206 auf 274 Personen an. Ähnlich sieht es bei der Zahl tödlich verletzter Nutzer aus. Hier erhöhte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 26 tödlich verletzten Elektroradlern auf 46 – eine Steigerung um 76 Prozent.

Für diesen Artikel wurden zudem exemplarisch die Unfallzahlen für Niedersachsen erfragt. Erhebungen für 2015 zufolge wurden in dem Bundesland fünf tödliche Unfälle mit Pedelecs registriert. Insgesamt kamen 55 Radfahrer ums Leben. Sämtliche tödlich verlaufenden Unfälle unter Beteiligung eines Elektrorades wurden durch andere Verkehrsteilnehmer verursacht. Von den tödlich verunfallten Nutzern waren 80 Prozent über 65 Jahre alt.

### Mehr schwere Unfälle

Auf den ersten Blick erscheinen die oben genannten Unfallzahlen erschreckend. Der Zweirad-Industrie-Verband

jedoch angeführt werden, dass aus den ersten Unfallzahlen vor allem eine überproportionale Zunahme schwerer Verkehrsunfälle festzustellen ist. Dies wird hierbei insbesondere in einem Vergleich mit normalen Radfahrern deutlich. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam bereits eine Studie der Deutschen Hochschule der Polizei bei einer Auswertung der Unfallzahlen mit Pedelecs für das Land Baden-Württemberg. Hier wird ebenfalls im Allgemeinen keine erhöhte Unfallgefahr für die Nutzer von Pedelecs gesehen. Allerdings seien im Falle eines Verkehrsunfalls die Unfall-

keit verfügen. Mit zunehmendem Alter kommt es zu Einschränkungen des peripheren Sehvermögens, sowie der dynamischen Sehschärfe, was wiederum zu fatalen Fehleinschätzungen im Straßenverkehr führen kann. Erschwerend kommt hinzu, dass sie im Falle eines Verkehrsunfalls leichter schwere Verletzungen erleiden als junge Menschen. Insofern ist durch die vermehrte Nutzung von Elektrofahrrädern, in Abhängigkeit zur Hauptnutzergruppe, mit einer Zunahme insbesondere schwerer oder tödlich verlaufender VU zu rechnen.



Das Bewältigen von Steigungen ist heute keine Frage der Kondition mehr.

Foto: HUK-COBURG/dpa



Foto: Mihajlo Maricic/dpa

(ZIV) ließ in einer Pressemitteilung im Januar hierzu verlauten, dass von Pedelecs und E-Bikes im Allgemeinen keine höhere Unfallgefahr ausgehe. Vielmehr steige die Unfallbeteiligung proportional zur Steigerung der Verkaufszahlen, sowie den größeren zurückgelegten Distanzen. Diese Zunahme sei daher wenig verwunderlich. Auf der anderen Seite muss

folgen meist gravierender. Dies dürfte unter anderem auf höhere gefahrene Geschwindigkeiten, falsche Fahrbahnenbenutzung, sowie einen verlängerten Bremsweg zurückzuführen sein.

### Viele ältere Verkehrsteilnehmer auf motorisierten Rädern

Zudem ist festzustellen, dass ein Großteil der verkauften Elektrofahrräder von Senioren genutzt wird. Dies liegt an einem Wandel im Mobilitätsverhalten, denn viele Personen der Generation 60+ nutzen Elektroräder vermehrt zur Aufrechterhaltung ihrer Mobilität im Straßenverkehr und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Senioren stellen die Hauptnutzergruppe im Bereich der Pedelecs dar und weisen zugleich ein besonderes Gefahrenpotenzial auf, da sie im Regelfall über eine schlechtere Wahrnehmung und Reaktionsfähig-

### Nicht alle Unfälle polizeibekannt

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass nicht alle Unfälle unter Beteiligung von Elektrorädern polizeilich bekannt werden. Insbesondere bei Alleinunfällen, also Stürzen der Fahrerinnen und Fahrer, zeigte sich in einer Unfallstudie aus Münster, dass nur etwa 30 Prozent aller Alleinunfälle von normalen Radfahrern polizeilich bekannt werden. Diese Ergebnisse dürften auch auf Alleinunfälle mit Elektrorädern übertragbar sein, weshalb die tatsächliche Unfallbelastung durchaus höher ausfallen dürfte.

Angesichts der aktuellen Entwicklung auf dem Zweiradmarkt muss davon ausgegangen werden, dass die Unfallbelastung weiter zunehmen und eine Beteiligung von Pedelecs und E-Bikes am Unfallgeschehen zum polizeilichen Alltag gehören wird.



## Tarifeinigung für Hessen 2017/2018

In den Morgenstunden des 3. März ist nach schwierigen, dennoch konstruktiven Verhandlungen ein akzeptables Ergebnis für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen erzielt worden.

Die für den Polizeibereich relevanten Ergebnisse:

- Erhöhung der Tabellenentgelte ab 1. März 2017 um 2,0 Prozent, mindestens um 75 Euro und ab 1. Februar 2018 um 2,2 Prozent.
- Auszubildende nach dem Tarifvertrag für Auszubildende des Landes Hessen in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz erhalten ab 1. März 2017 einen Festbetrag in Höhe von 35 Euro und ab 1. Februar 2018 einen weiteren Festbetrag in Höhe von 35 Euro.
- Der Urlaubsanspruch für Auszubildende wird auf 29 Tage im Kalenderjahr angehoben. Die Beschäftigungssicherung für Auszubildende wird am 1. Januar 2017 wieder in Kraft gesetzt. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen vereinbart:
- Stufengleiche Höhergruppierung ab dem 1. Januar 2018.
- Einführung einer Fachkräftezulage (IT-Fachkräfte, Ingenieure, Ärzte) in Paragraf 18 Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) in Höhe von bis zu 20 Prozent der Stufe 2.
- Einführung der Erfahrungsstufe 6 in den Entgeltgruppen 9 („große“ E 9) bis 15 ab 1. Januar 2018 mit 1,5 Prozent und ab 1. Oktober 2018 mit weiteren 1,5 Prozent nach fünf Jahren in Stufe 5. Die bisherige verbrachte Stufenlaufzeit in der Stufe 5 wird angerechnet. Bei Beschäftigten der Entgeltgruppe 9 mit einer besonderen Stufenlaufzeit („kleine“ E 9) erhöht sich der Tabellenwert nach 5 Jahren in Stufe 4 ab 1. Januar 2018 um 53,50 Euro und ab 1. Oktober 2018 um weitere 53,50 Euro. Die zum 31. Dezember 2017 in Stufe 4 verbrachte Zeit wird berücksichtigt.

Des Weiteren haben wir mit dem Land eine Freifahrtberechtigung für alle Beschäftigten (Azubis, Tarifbeschäftigte und Beamte) des Landes Hessen vereinbart. Demnach sind ab 1. Januar 2018 alle Landesbediensteten berechtigt, den Nah- und Regionalverkehr (Busse und Bahnen) im Bereich Hessen, unabhängig von der Strecke Wohnort/Dienstort inklusive der gängigen Mitnahmeregelungen



Hessens GdP-Chef Andreas Grün  
Foto: Markus Hüschenbett

im Rahmen der geltenden Tarifbestimmungen der Verkehrsverbände, zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2018, kostenfrei zu nutzen. Der Nachweis der Nutzungsberechtigung soll durch den Dienstaussweis erfolgen. Der geldwerte Vorteil wird durch das Land pauschal versteuert. Eine Sozialversicherungspflicht entsteht dadurch nicht. Der steuerliche Werbungskostenabzug für Fahrten mit dem eigenen Kfz zwischen Wohn- und Dienstort in Form der Entfernungspauschale wird durch die künftige Freifahrtberechtigung nicht berührt. Das Land beabsichtigt, bei vorliegenden rechtlichen Voraussetzungen die Freifahrtberechtigung über den Zeitraum des 31. Dezember 2018 hinaus zu verlängern. Auch eine Prozessvereinbarung über Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung TV-H wurde gemeinsam beschlossen. Hier heißt es: „Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung zum TV-H unter Berücksichtigung der Entwicklung im Übrigen öffentlichen Dienst fortzuführen. Die Verhandlungen sollen 2018 abgeschlossen sein, damit in der Tarifrunde 2019 über die Inkraftsetzung der geeinten Änderungen entschieden werden kann.“

Die Frage der Entzerrung der Entgeltgruppe 9 wird ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen zur Entgeltordnung zum TV-H sein. Ge-

einigt hat man sich auch über die Berücksichtigung von Berufserfahrung in der Entgeltgruppe 9 (klein): Für Arbeitsverhältnisse, die der besonderen Stufenlaufzeit von fünf Jahren in Stufe 2 unterfallen, erfolgt die Einstellung in die Stufe 3 bei Vorliegen einer einschlägigen Berufserfahrung von insgesamt mindestens sechs Jahren.

Zudem gab es Verbesserungen im Bereich Familie und Beruf: Beurlaubungszeiten zur Kinderbetreuung oder Pflege von nahen Angehörigen, die über eine Dauer von drei Jahren hinausgehen, führen nicht mehr zu einer Rückstufung, sondern hemmen lediglich die Stufenlaufzeit. Im Falle der vollständigen beziehungsweise teilweisen Freistellung zur Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen wird bis Ende des Kalenderjahres, in dem die Pflegezeit in Anspruch genommen wird, die Jahressonderzahlung nicht vermindert. Im Gesamtvolumen ist dies ein guter Abschluss, der für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen erreicht worden ist.

Heinz Schiskowsky

### BILDUNG

#### GdP-Reise nach Israel

Die Gewerkschaft der Polizei bietet vom 22. bis 31. Oktober 2017 wieder allen Interessierten von Bund und Ländern und ihren Partnern und Freunden eine unvergessliche Bildungsreise nach Israel an. Anmeldungen werden bis 1. Juni entgegengenommen. Die Reise ist als förderungswürdig anerkannt, für sie kann Sonderurlaub (für Beamte) beziehungsweise Bildungsurlaub (für Arbeitnehmer) nach den jeweiligen Vorschriften in Anspruch genommen werden.

Telefonische Rückfragen an den abermaligen Reiseleiter Sven Hüber unter 030-1868114610. Das Anmeldeformular, die Reisebedingungen mit Preis und Programminhalten, aber auch spannende Berichte und Bilder der vergangenen Reisen findet man auf unserer speziellen Internetseite unter <http://israelreise.gdp-bundespolizei.de/>.

Sven Hüber



und Eigeninitiative über 40 Jahre im Keim erstickt. Das haben einige offensichtlich bis heute noch im Blut.

Dieses unhaltbare Gejammer dürfte die GdP nach 27 Jahren nicht mehr drucken, sonst gewinnen junge Kollegen von der sogenannten DDR einen falschen Eindruck.

**Bernd Wegner, Berlin**



Als pensionierter Beamter der Bundespolizei kann und will ich den Leserbrief des Herrn Wendelborn nicht unkommentiert lassen, denn Herr Kalt beschreibt in seinem Brief in der März-Ausgabe lediglich die politische Versäumnisse und ihre Auswirkungen auf die Landes- beziehungsweise Bundespolizei, die Folgen einer unkontrollierten Einwanderungspolitik und seine Erwartungshaltung an Gewerkschaften. Bei alledem sieht er keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes und dem stimme ich uneingeschränkt zu.

In seinen Ausführungen beschreibt er Tatsachen der Wendezeit mit lediglich drei Sätzen, wobei der entscheidende Satz mit den Worten „der praktizierten Solidarität und Demokratie für schwächer gestellte Minderheiten“ endet. Herr Wendelborn reist hier den Begriff Minderheiten völlig aus dem Zusammenhang und überträgt ihn Eins-zu-eins auf die Bevölkerung der ehemaligen DDR, um anschließend seinen abstrusen Gedanken zur Deutschen Einheit und einem verklärten Weltbild freien Lauf zu lassen. Nun ja, schwächer gestellte Minderheiten gibt es auch 2017 in allen Teilen unseres Landes und unter allen Nationalitäten.

Herr Wendelborn empfindet das Wort „Minderheit“ als Diskriminierung aller Bürgerinnen und Bürger der DDR und beschreibt folglich eindrucksvoll das Schicksal seiner Familie, seines Großvaters und Vaters, die nach Endes des Krieges sicher keine Einzelschicksale waren. Ich will hier nicht auf die Folgen der Flucht und Vertreibung für alle Deutschen eingehen, das würde den Rahmen eindeutig sprengen, wenngleich auch meine Großeltern väterlicherseits Kriegsflüchtlinge waren. Herr Wendelborn

hat recht, dass niemand aus den Nachkriegsgeneration es sich aussuchen konnte, in welchem Teil Deutschlands er geboren und aufgewachsen ist und dass wir nach dem Grundgesetz alle Deutsche sind und waren.

Damit enden aber auch die Übereinstimmungen zu den Ausführungen eines Mannes, der 2017 noch immer von den hochgelobten Errungenschaften des real existierenden Sozialismus schwärmt, das heißt aber auch, dass er sich mit der Geschichte der eigenen Heimat besonders differenziert auseinander setzen sollte, bevor er solch tollkühne Thesen aufstellt.

Ich bin im Zonenrandgebiet aufgewachsen, hatte verwandtschaftliche Bindungen in die DDR und habe ab Mitte der 60er-Jahre persönlich erlebt, wie diese Verwandtschaft bis zum DDR-Ende materiell und finanziell unterstützt wurde. Dies war kein Einzelfall, sondern real gelebte Solidarität und Nächstenliebe hunderttausender Bundesbürger, ohne sich von den wiederkehrenden Schikanen der DDR-Oberen bei der Beantragung einer Besucherlaubnis beziehungsweise bei der DDR-Einreise entmutigen zu lassen. Ja, Herr Wendelborn, da ist viel Geld geflossen, das hier erarbeitet wurde. Der von ihnen beschriebene imaginäre Warenkorb funktionierte volkswirtschaftlich vor allem durch Tauschhandel oder in den Intershops, hier allerdings nur gegen harte Westdevisen.

Ich möchte auch keinem Werktätigen der ehemaligen DDR zu nahe treten oder ihn beleidigen, aber es war kein Geheimnis, das sollte auch Herr Wendelborn wissen, dass die Volkswirtschaft des Arbeiter- und Bauernstaates staatlich subventioniert war. Viele Millionen, ja Milliarden bundesdeutscher Steuergelder wurden in dieser Zeit nach Ostberlin überwiesen, um das friedliche Zusammenleben und Überleben der DDR zu sichern. Das war gelebte Solidarität der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Bundesrepublik an die Minderheit von 16 Millionen deutschen Staatsbürgern in der DDR. Ich habe in dieser Zeit niemanden kennengelernt, der nicht von der Richtigkeit dieser finanziellen Unterstützung überzeugt war.

Ich habe auch die Wende in bester Erinnerung, wobei ich ausdrück-

lich betone, dass ich nicht alles gut heißen möchte, was in dieser Zeit auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR eingestürmt ist. In polizeilichen Sonderlagen würde man eine solche Situation wohl als Chaosphase bezeichnen. Diese Wende war aber die einmalige Chance, alle Deutschen nicht nur im Grundgesetz, sondern auch in einem Staatsgebiet zu vereinen und diese musste beim Schopf gepackt werden. Bundeskanzlerin Merkel würde dieses Handeln aus heutiger Sicht alternativlos bezeichnen.

Selbstverständlich wirkte sich die Einführung des Solidaritätsbeitrages auf alle Deutschen aus. Mit dem Umtausch der D-Mark, der sofortigen Einführung der Sozialsysteme inklusive Renten, der sofortigen Aufbauhilfe in den neuen Bundesländern mussten die alten mit Milliardenbeträgen in Vorleistung gehen, und sie haben es gerne getan. Das war praktizierte Solidarität und gelebte Demokratie für eine deutsche Minderheit, wie es Herr Kalt in wenigen Sätzen festgestellt und ohne diskriminierenden Hintergrund beschrieben hat.

Nein, Herr Wendelborn, sie irren gewaltig, denn „Auferstanden aus Ruinen“ ist die DDR nicht in den 40 Jahren ihrer Existenz, sondern mit dem Einigungsvertrag und dem Beitritt am 3. Oktober 1990, den alle Deutschen ganz zu Recht und vielleicht auch mit etwas Stolz als gemeinsamen Feiertag begehen. Wobei noch festzuhalten wäre, wie dumm und naiv ich Ihre Aussage finde, dass der Beitritt zur Bundesrepublik ausschließlich nach deren Regeln erfolgte.

Niemand erwartet großartigen Dank für das, was damals geleistet wurde, aber es war der Grundstock dafür, dass, wie Sie es beschreiben, ein ansehnliches, lebens- und für viele auch liebenswertes Land entstanden ist. Etwas mehr Demut und Respekt vor den damals handelnden Personen aus Politik und Wirtschaft, insbesondere aber auch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der alten Bundesrepublik, würde ich aber doch erwarten.

Es freut mich, dass ein DDR-Nostalgiker, als Sohn eines erfolgreichen Unternehmers mit langjähriger Erfahrung in der freien Wirtschaft, doch noch seine Bestimmung als Kripo-Beamter in einer westdeutschen Großstadt gefunden hat. Erwartet hätte ich, dass





er diese weitgefächerte Erfahrung in den Polizeidienst einer vergleichbaren Stadt in den neuen Ländern einbringt. Bei 100 Prozent Westgehalt ist einem das Hemd dann doch wieder näher als die Hose, nicht wahr, Herr Wendelborn?

Nicht den Leserbrief des Herrn Kalt finde ich fraglich, sondern dem des Kollegen Wendelborn. Wenn jemand mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit noch derart abstruse Thesen in der DP vertritt, dann ist dies, insbesondere aus dem Munde eines Polizeibeamten, für mich als Bürger dieses Landes und jahrzehntelang aktiver Gewerkschafter, nahezu unerträglich.

**Heinz Hoffmann, Münchberg**



Beide Kollegen äußern sich zur Meinung des Kollegen Helmut Kalt. Kollege Wendelborn singt ein Loblied auf die DDR, was ich hier nicht unwidersprochen hinnehmen kann. Zitat: „... dass aus der DDR ein durchaus ansehnliches und lebens- und für viele auch liebenswertes Land geworden ist.“

Lieber Kollege Wendelborn! Nichts gegen die Lebensleistung ihrer Eltern, aber wann soll denn das gewesen sein? 1953 während des Arbeiteraufstandes? Meine Mutter und mein Vater wurden schon in dieser Zeit zur Flucht gezwungen, weil sich mein Vater kritisch zu den wirtschaftlichen Verhältnissen geäußert hatte. Es wurde ihm mit einem Platz im Uranbergbau gedroht! 1954 wurde ich in West-Berlin geboren, 1972 als Polizeibeamter ausgebildet, ging ich 1990 in den Ostteil der Stadt und versah hier meinen Dienst bis zur Erreichung des Pensionsalters. Während meiner Dienstzeit an der Basis habe ich mit vielen Bürgern aus der ehemaligen DDR gesprochen. Eine solche Sichtweise, wie die ihre, kam selten und dann nur immer von Privilegierten!

Die Wahrheit ist, dass sich die DDR-Bürger über die Jahre in ihrem von Mangelwirtschaft geprägten Pseudosozialismus eingerichtet hatten. Das hätte wohl jeder unter den Umständen gemacht. Die Südfrüchte gingen aber nach Wandlitz!

Und über allem wachte der Staat im Staat, die „Stasi“! Zusammen mit der SED wurde die Gleichschaltung aller Bürger vorangetrieben! Wie wir alle wissen, ist viel Unrecht geschehen! Die Bürger des „liebenswerten Landes“, welches ein Unrechtsstaat war, haben dann dem Spuk ein Ende gesetzt! Die „Alu-Chips“ hatten nie einen von der Wirtschaft gestützten Wert wie die DM. Die DDR war ständig auf der Suche nach „Valuta“ und Franz-Josef Strauß, CSU, musste zu seiner Zeit noch ein paar Milliönchen überreichen, sonst wäre die DDR pleite gewesen. Der Umtausch 2:1 war daher gerechtfertigt!

Die „harten Brocken“ beziehen sich auf die Infrastruktur der DDR, die am Boden lag. Hier musste erst einmal durch die alten Bundesländer investiert werden, auch mit dem Soli-zuschlag. Und wie wir wissen, wurde etwas daraus, während in den westlichen Bundesländern der Verfall einsetzte.

Um den „Wirtschaftsraum mit 16 Millionen Konsumenten“ nutzen zu können, musste auch erst einmal investiert werden. Die damals arbeitslosen Bürger konnten nichts konsumieren und wanderten ab. Im Laufe der Jahre und des wirtschaftlichen Aufschwunges in Ostdeutschland sind viele zurückgekehrt. Die Zukunft gehört den jungen Menschen, die von der Vergangenheit unbelastet sind und nicht denen, die von alten Zeiten schwärmen.

Kollege Peter Spindler schreibt, „Rechtsstaat heißt, dass der Bürger sich gegen den Staat wehrt und der Staat ... verpflichtet ist, dass man es umsetzt!“ Quelle: Talkshow aus dem „Ösi-Fernsehen“. Lieber Kollege, ich habe in allen mir zur Verfügung stehenden Unterlagen gesucht, habe aber eine solche Definition zum Begriff „Rechtsstaat“ nicht gefunden, selbst im DDR-Recht nicht. Ich erspare mir jetzt darüber einen Vortrag zu halten. Es ist ja alles nachzulesen.

Festzustellen ist, dass Demokratie und Pluralismus sowie Meinungsfreiheit Grundwerte unserer Gesellschaft sind. Wir haben eine parlamentarische Demokratie. Das heißt nicht, dass eine unzufriedene Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen kann. Auch die „totale

Ablehnung“ darf nicht dazu führen, dass Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesteckt werden, Ausländer durch die Stadt getrieben werden und so weiter. Diese Zeiten hatten wir schon einmal in den 90er-Jahren. Ich erinnere beispielsweise an Rostock, Hoyerswerda. Jetzt Bautzen, Clausnitz oder Freiberg. Hierbei handelt es sich um schwere Straftaten und nicht um Meinungsäußerung. Dazu schreiben Sie nichts? Sie äußern sich doch hier als Polizeibeamter in einem Forum der Polizei!

Und dazu noch die Statements der hochbezahlten örtlichen Polizeiführer, die, anstatt sich streng an Neutralität und Fakten zu halten, noch Öl ins Feuer gießen. Merkwürdigerweise sind die meisten Vorgänge in Ostdeutschland und Sachsen zu verzeichnen. Das im Rahmen der Flüchtlingswelle erhebliche Fehler begangen wurden und Politikern jetzt ihre Sparpolitik bei der Polizei auf die Füße fällt, was viele schon vorhergesagt haben, ist unbestritten. Der Flüchtlingsstrom von 1990 ist, mit dem von heute in seinem Ausmaß, nicht zu vergleichen. Wie hätten sie denn eine solche Welle aufhalten wollen. „Schießbefehl gegen Sperrbrecher“? So hieß es in der DDR. Und wie viele sind den seinerzeit aus dem Bruderstaat Chile gekommen? Die DDR bildete nur Menschen aus den sozialistischen Bruderstaaten öffentlichkeitswirksam aus. Die Leiharbeiter aus Mosambik oder Vietnam hielten sich nur in ihren Wohnheimen auf und waren nicht in der Öffentlichkeit zu sehen. Wo ist die „Solidarität“ von heute? Durchschnittlich zwei Prozent Ausländeranteil und man spricht von „Umvolkung“!? Sie werfen anderen vor, dass der Hass den Stift führt. Lieber Kollege Spindler, ihre Meinungsäußerung aus dem „Tal der Ahnungslosen“ ist nicht viel besser!

**Carol Paul Strauch, Falkensee**

### Zu: Lesermeinungen der Kollegen Auffarth und Döring, DP 4/17

Ich kann mich den Leserbriefen der Herren Auffarth und Döring aus der DP 4/17 nur anschließen und unterstützen.

Schluss mit der Prozentverteilung bei Lohn- und Gehaltsabschlüssen für mehr Gerechtigkeit.

**Harald Gobrecht,  
Uslar-Allershausen**





## Der 1. Mai 1987 – Demaskierung eines Mythos

Anfang der 1980er-Jahre entstand in Berlin (West) eine Hochburg der Hausbesetzerszene. Besonders im Bezirk Kreuzberg hatte sich seit Jahren eine starke, politisch linksorientierte Szene entwickelt, die im bewussten Widerspruch zu den etablierten Parteien stand. Dazu gehörte eine neue gewaltbereite Gruppe, die sich als Autonome bezeichnete. Die Kreuzberger Bevölkerung war von hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Niedergang geprägt. Deren Wohnumfeld bestand oftmals großflächig aus einer überalterten und nicht sanierten Gebäudesubstanz. Daraus resultierte, dass dort meist ärmere Bevölkerungsgruppen wohnten, zu denen neben den gering verdienenden Arbeitern Studenten und Ausländer zählten. Die linke Politszene entwickelte darin ein Eigenleben und eine Art Parallelgesellschaft, worin und woraus sie ihr Unterstützerpotential zog. Dies wirkte sich als Magnet für Gleichgesinnte aus der ganzen Bundesrepublik aus. Da es in Berlin (West) aufgrund des Vier-Mächte-Status keine Wehrpflicht gab, zogen Personen gerade deshalb in die Stadt und vor allem nach Kreuzberg.

1987 war von drei Ereignissen politisch, gesellschaftlich, aber auch polizeilich geprägt – die Volkszählung,

den Staatsbesuch des US-Präsidenten Ronald Reagan und das 750-jährige Stadtjubiläum, die für die linke Szene absolute `Reizthemen` waren. Dagegen wollte man nicht nur massiv protestieren, sondern, besonders seitens der Autonomen, auch durchaus gewaltsam vorgehen. Hierzu wurde in der Öffentlichkeit eine durchweg konträre Stimmung erzeugt, die bewusst mit gewaltvollen Aktionen begleitet werden sollte.

Am Vorabend des 1. Mai nahm die Polizei im sogenannten Volkszählungsboykottbüro im Mehringhof eine von der Staatsanwaltschaft angeordnete erfolgreiche Durchsuchung vor mit dem Ziel, eine sehr große Anzahl an Boykottaufrufschriften zu beschlagnahmen. Beinahe zeitgleich eröffnete der Regierende Bürgermeister im ICC die 750-Jahr-Feier. All das rief jetzt die linke Politszene auf den Plan. Am 1. Mai sollte am Lausitzer Platz in Kreuzberg ein Straßenfest stattfinden, das von der Alternativen Liste und der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin organisiert worden war. Dort wurde die Durchsuchung heftig diskutiert. Innerhalb des Festes befanden sich aber auch Angehörige der autonomen Szene. Für sie war der nächtliche Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft ein willkommener, zusätzlicher Anlass für gewaltsame Aktionen.

Erst langsam und eher verhalten begannen die Ausschreitungen in Kreuzberg rund um das Straßenfest. Dann

aber explodierte die Stimmung, und es begann ein Straßenkampf mit der Polizei, der ein völlig ungeahntes Ausmaß an Gewalt und Zerstörung mit sich zog. Der `Urknall` der Gewalt am 1. Mai wurde hier geboren und verbreitete seitdem im flackernden Licht des Feuers eine völlig sinnlose Gewalt!

Der Polizeieinsatz anlässlich dieser Ausschreitungen findet nur in den Onlinearchiven mancher Zeitungen, in linker Szeneliteratur und in wenigen Büchern Erwähnung. Eine detaillierte Darstellung der Geschehnisse fehlte bisher. Dieses Buch stellt sich dieser Aufgabe und zeigt, wie es zu dem Polizeieinsatz kam, stellt einen zeitlichen Ablauf der Ereignisse bis zum US-Staatsbesuch am 12. Juni 1987 dar und legt dar, welche Erfahrungen die Polizei daraus entnahm. Ergänzt wird die Dokumentation mit der Struktur der beteiligten Berliner Polizeieinsatzkräfte sowie deren Ausrüstung und Fahrzeuge. Durch eine große Anzahl von Karten, Skizzen, schwarzweißen und farbigen Abbildungen wird der Polizeieinsatz in seinen Einzelheiten beleuchtet und illustriert.

Autor Michael Stricker ist seit 1988 Polizeivollzugsbeamter des Landes Berlin.

**Der 1. Mai 1987 – Demaskierung eines Mythos, Michael Stricker, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2016, 268 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3-86676-459-0**



Nr. 5 • 66. Jahrgang 2017 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG**  
**DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkssteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
182.234 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

**Foto:**  
Agenturen adpic/  
canstock

**Gestaltung:**  
Rembert Stolzenfeld



# VERDECKTE PERSONALE ERMITTLUNGEN

Recht und Taktik

Von **Christoph Keller**.



1. Auflage 2017

**Umfang:** 288 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0792-5

**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Ermittlungen mit verdeckt arbeitenden Personen haben eine zunehmende praktische Bedeutung für Polizei und Staatsanwaltschaft. Heimliche Vorbereitungen von Straftaten erfordern Reaktionen mit angemessenen Ermittlungsmethoden, insbesondere bei Ermittlungen im Bereich der Organisierten Kriminalität. Bei diesen verdeckten personalen Ermittlungen geht es um

- den Einsatz von Verdeckten Ermittlern,
- den Einsatz von Vertrauenspersonen,
- den Einsatz von nicht offen ermittelnden Polizeibeamten und
- die Inanspruchnahme von Informanten.

Solche Maßnahmen sind jedoch regelmäßig mit erheblichen Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen verbunden und stellen damit nicht nur taktisch, sondern auch rechtlich eine große Herausforderung dar.

In dem vorliegenden Buch führt der Autor den Leser von der „Anbahnung“ bis zum Abschluss (Beweisverwertung) durch den gesamten Verlauf derartiger verdeckter Ermittlungen. Er behandelt dabei einerseits die rechtlichen Befugnisse und ihre gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grenzen sowie andererseits kriminaltaktische Aspekte.

Damit gibt er Praktikern wie Studierenden eine gesicherte, konzentrierte, übersichtliche und interdisziplinäre Arbeitsgrundlage an die Hand, die die Rechtsanwendung auch durch etliche Beispiele erleichtert.



## DER AUTOR

**Christoph Keller**, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# MIT DEN KLEINEN VON tepro GANZ GROSS RAUSKOMMEN!

Bunt kommt der Sommer daher, genau wie die Tischgrills aus dem Hause tepro. Neben den knalligen Farben zeichnen sich die Grillgeräte durch ihre kleine Größe und viele Funktionen aus. Somit findet er Platz in jeder Terrassenecke und sorgt dennoch für einen gelungenen Grillspaß oder wird ein optimaler Begleiter für unterwegs. Ein farbenfrohes Grillvergnügen in vielen Bereichen.

## Mini-Kugelgrill „Salida“

- Grillfläche: ca. 34,5 cm Ø
  - verchromter Grillrost
  - pulverbeschichteter Deckel mit Lüftungsschieber und Feuerwanne
  - praktisches Deckelscharnier
  - 3 klappbare Standbeine
  - Arbeitshöhe: ca. 32 cm
- Maße aufgebaut (BxTxH):  
ca. 42 cm x 42 cm x 54,5 cm  
Gewicht: 3 kg netto
- Schwarz/Türkis 259005**  
**Schwarz/Lemon 259105**



 **32,95 € 41,95 €**

## Chill & Grill Holzkohlengrill „Cube“

- Grillfläche: ca. 31,5 x 31,5 cm
- verchromter Grillrost mit zwei Kunststoffhandgriffen
- Grillrost durch Neupositionierung höhenverstellbar
- lackierter Deckel mit Deckelgriff
- Deckel am Grillgehäuse zu befestigen
- emaillierte Kohleschale und lackiertes Grillgehäuse mit integr. Standfüßen
- Arbeitshöhe ca. 25/29 cm

Maße aufgebaut (BxTxH):  
ca. 53,5 cm x 36,3 cm x 35 cm

Gewicht: 6.3 kg netto

**Rot 259205**

**Anthrazit 259305**

**Orange 259405**

 **46,95 € 58,70 €**



## Tisch-Gasgrill „Abington“

- Edelstahl-Brenner, max. 3,1 kW
- Grillfläche: ca. 47 x 35 cm
- 2 emaillierte Guss-Grillroste je ca. 23,5 x 35 cm
- emaillierte Flammenschutzplatte und Feuerwanne
- pulverbeschichteter Deckel mit Kunststoffgriff
- Thermometer & abnehmbare Seitenablagen
- integrierte Piezo-Zündung im Drehregler
- inkl. Gaskartuschenhalter, Schlauch und Regler für handelsübliche 5/11 kg Gasflaschen (nicht im Lieferumfang enthalten)

Maße aufgebaut (BxTxH):  
ca. 94 cm x 43,5 cm x 38,5 cm

Gewicht: 8.7 kg netto

**Anthrazit/Schwarz 259505**

 **123,50 € 154,50 €**

**rastal**

## Die perfekte Grillbeilage!

Basic Trinkglas „BBQ Chef“  
0,5l im Einzelkarton.  
Ø 7,8 cm, 26 cm (H).

**259605**

 **2,95 € 3,75 €**

(Bei Auftragswert unter 100,- €  
zzgl. 4,50 € Porto- und Versandkosten.)



Lieferung der Grills, frei Haus Bordsteinkante. Versand der Grills mit anderen Werbemittel aus dem OSG-Shop ist leider nicht möglich!



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

**Letzter Bestelltermin: 31.05.2017**

Weitere Polizeiartikel und nützliche  
Produkte finden Sie unter:

**[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)**